Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 | Mittwoch, den 21. Mai 1919 | Nummer 242 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in der unter Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2095 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Vereinsanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 24 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19, Fernsprecher: Amt Norden 9763

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Auf zum Protest!

Die Flucht des Vogel.

Was die Regierung getan hat.

Durch das Wolffsche Bureau wird folgende Mitteilung verbreitet:

„Der Abgeordnete Dr. Oscar Cohn teilt zur Flucht des Oberleutnants Vogel mit, daß er am 14. Mai den Kriegsminister und die Reichskanzlei darauf aufmerksam gemacht habe, es seien für die Angeklagten, insbesondere für den Oberleutnant Vogel falsche Pässe vorbereitet. Hierzu ist festzustellen, daß unmittelbar nach dieser Benachrichtigung durch den Abg. Cohn sowohl das Kriegsministerium wie die Reichskanzlei dem Reichswehrminister von der Aussage des Abg. Cohn Mitteilung gemacht hat. Der Reichswehrminister hat noch am selben Tage den nachstehenden Befehl erlassen und ihn durch das Kriegsministerium dem Reichswehrgruppen-Kommando I (Abteilung Lüttwitz) zugeleitet. Das Reichswehrgruppenkommando hat den Befehl sofort ordnungsgemäß weitergegeben. Der Befehl lautet: „Die Bewachung der Angeklagten im Liebknecht-Luxemburg-Prozeß soll nach Nachrichten, die mir zugegangen sind, mangelhaft sein. Ich bitte, alle Maßnahmen mit dem ganzen Ernst dieser Sache angemessenen Nachdruck so treffen zu lassen, daß keinerlei unerlaubte Freiheit für die Angeklagten zugelassen wird, und bitte, die mir zugegangene Nachricht, den Angeklagten seien falsche Pässe nach Holland ausgestellt worden, nachzuprüfen und alle vorbereitenden Maßnahmen zu treffen. Auf keinen Fall darf ein Fluchtversuch fahrlässig oder schuldhaft erleichtert werden."

Berlin, den 14. Mai 1919.

gez.: Noske.

Die brüderliche Milde, mit der dieser Befehl abgefaßt ist, hat nichts geholfen, der Vogel hat doch seinen Befreier gefunden. Es zeigt sich hierbei wieder einmal, wie wenig die Noskeltruppen sich aus den Befehlen der Regierung machen und wie weit schon deren Macht reicht.

Bei dieser Gelegenheit muß daran erinnert werden, daß das Garde-Kavallerie-Schützen-Korps zwei Tage gewartet hat, bis es die Befreiung Vogels bekanntgab; inzwischen hatten seine Retter reichlich Zeit, den Mörder in Sicherheit zu bringen. Die „Volkszeitung" fragt jetzt folgendes:

Ist den Behörden nicht bekannt, daß gerade jetzt im Weichbilde von Groß Berlin die strengste Automobilkontrolle besteht, und daß es keinem Ausfahrer möglich ist, ohne die einwandfreien Ausweise über den Wagen, seine Person und die Insassen die Kontrolle zu passieren. Die Ueberwachung wird, soweit uns bekannt ist, von den Regierungstruppen ausgeübt. Das Automobil mit dem Oberleutnant Vogel als Insassen muß also auch die Militärposten passiert haben, und hat man dabei nichts Verdächtiges feststellen können?

Jetzt fehlt nur noch, daß die Regierung die Aufspürung des Vogel auch fernerhin dem Korps Lüttwitz überläßt. Dann wäre das Bild vollständig: erst die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs vor dem Edenhotel, dann die Ausübung der Justiz durch das Edenhotel, und schließlich die Befreiung des ersten Helfers in dieser Tragödie mit Hilfe des Edenhotels.

Differenzen bei den Alliierten?

Angeblicher Rücktritt eines Teiles der Amerikaner.

Rotterdam, 20. Mai.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge meldet der Pariser Korrespondent der „Daily News": Ich habe vor kurzem auf die geringe Zustimmung hingewiesen, die der Friedensvertrag in verschiedenen Kreisen findet. Diese Mißstimmung hat jetzt dadurch feste Form angenommen, daß eine Anzahl der Mitglieder der amerikanischen Kommission Willson ihr Rücktrittsgesuch eingereicht hat. Es ist möglich, daß die Angelegenheit nicht mit ihrem Rücktritt und ihrer Nichtteilnahme an der Arbeit der Friedenskonferenz enden wird; sie haben jedoch durch diesen Schritt ihrer Meinung Ausdruck gegeben.

Gegen die Zerstückelung Deutschlands.

Versailles, 20. Mai.

„Populaire" wendet sich heute sehr scharf gegen die Theorie des „Temps", welche Deutschland zerstückelt sehen möchte. Der „Temps" wisse nicht, daß es ein deutsches Volk gebe. Er begehe denselben Irrtum, wie die Leute des zweiten Kaiserreiches und gewisse französische Minister im Jahre 1914. Wenn man erkenne, daß es ein deutsches Volk gebe, so werde man einen zwar ganz geringen, aber nicht nötigen Fortschritt gemacht haben. Hätte man das früher begriffen, so hätte man die Präliminarien anders gefaßt, aber es sei noch nicht zu spät zur Aenderung.

An das werktätige Volk Berlins!

In den letzten Tagen waren die Straßen und Plätze Berlins der Tummelplatz aller nationalistisch gerichteten Elemente, die den Hurrapatriotismus der unseligen Augusttage 1914 neu zu beleben trachten. Mit schwarz-weiß-roten Fahnen zog das alte kaiserliche Deutschland heran, um Truppen zu sammeln für einen Vorstoß gegen den Frieden, gegen die Revolution.

In ganz Deutschland versucht man die berechtigte Empörung über den Gewaltfrieden zu mißbrauchen für inner- und außenpolitische Abenteuer. Hinter dieser Bewegung stehen die Drahtzieher der Gegenrevolution, die durch

neue kriegerische Abenteuer

die Macht an sich zu reißen hoffen.

Arbeiter, Parteigenossen! Gebt allen diesen verbrecherischen Elementen die gebührende Antwort, indem ihr durch Teilnahme an unserer heutigen Massenkundgebung nachmittags 5 Uhr im Lustgarten und auf dem Schloßplatz eurem Willen Ausdruck gebt, allen nationalistischen und gegenrevolutionären Treibereien entschiedenen Widerstand zu leisten. Keiner von euch darf fehlen! Es gilt, der Oeffentlichkeit des In- und Auslandes zu zeigen, daß das werktätige Volk Berlins, Männer und Frauen, Hand- und Kopfarbeiter, in seiner überwältigenden Mehrheit einig ist in der Verurteilung der nationalistischen Kriegshetzer, der chauvinistischen Friedensstörer, der militaristischen Gegenrevolutionäre.

Die Stunde ist von höchstem Ernst!
Die Entscheidung naht!

Wenn ihr nicht auf dem Posten seid, wenn ihr euch einschläfern laßt durch patriotische Phrasen, wenn ihr auf das hilflose Gestammel der schwankenden Gestalten in der Regierung hört, so drohen euch und euren Kindern neue furchtbare Gefahren.

Werktätiges Volk Berlins! Zeige durch deinen geschlossenen Aufmarsch zur heutigen Demonstration, daß du in eiserner Front dastehst

im Kampf für den Frieden und für den Sozialismus!

Das Schicksal von Fiume.

Versailles, 20. Mai.

„Chicago Tribune" will wissen, die Fiume-Frage sei durch die Internationalisierung der Stadt auf eine gewisse Anzahl von Jahren durch die Garantie, daß alle Staaten betreffs des Hafens von Fiume gleichberechtigt sind, gelöst worden. Ein fünfmitgliedriger Ausschuß der Liga der Nationen soll die Stadt und den Hafen verwalten. Das Blatt erklärt, die Lösung der Fiume-Frage sei ein großer Sieg Wilsons. Die übrigen Pariser Blätter wissen von dieser Lösung nichts zu berichten, nur daß die Verhandlungen gestern fortdauerten, ohne zu einem Ergebnis zu führen.

Pazifismus und Schuldfrage.

Von Dr. Hans Wehberg.

Wir geben nachstehend den Ausführungen des Leiters der völkerrechtlichen Abteilung der „Deutschen Liga für Völkerbund" Raum, der, obwohl nicht Sozialist, denselben Standpunkt wie wir in der Friedensfrage vertritt.

Wer die pazifistische Literatur der neuesten Zeit verfolgt hat, weiß, daß in den Kreisen der Pazifisten eine große Meinungsverschiedenheit darüber besteht, ob Deutschland die entscheidende Schuld an dem Ausbruch des Weltkrieges trägt. Auch auf der Berner Völkerbund-Konferenz im März 1919 trat dieser Gegensatz deutlich hervor; denn die von Professor Nicolai damals verkündete Resolution, die gegen Deutschland gerichtet war, ist zwar mit großer Stimmenmehrheit, doch nicht einstimmig von den deutschen Konferenzteilnehmern angenommen worden. Gerade in den letzten Wochen haben deutsche Pazifisten in der deutschen Nationalversammlung sowie in der Presse aufs stärkste dagegen Front gemacht, daß man Deutschland die Hauptschuld am Kriege zumessen wolle.

Angesichts der schweren Friedensbedingungen verdient die Schuldfrage unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir müssen aufs neue die Frage aufwerfen, ob wirklich die Entente dem deutschen Volke, wenn es radikal mit dem alten System gebrochen und die Schuld der früheren Machthaber zugegeben hätte, nicht günstigere Bedingungen geben würde. In seiner ausgezeichneten Schrift „Auf hartem Grund" (Hamburg, Pfadweiser-Verlag 1919, 23. S.) hat der große Führer des Pazifismus, Dr. Alfred H. Fried, den Standpunkt der radikalen Pazifisten mit klaren Gründen entwickelt. Er wendet sich gegen einen Aufsatz von Dr. Hermann M. Popert, der am 1. März 1919 im „Vortrupp" erschienen ist und der Fried wegen seines Standpunktes aufs schärfste angriff. Poperts Behauptung ging dahin, daß man von einer Schuld am Kriege überhaupt nicht sprechen könne, da „alle Voraussetzungen, unter denen das Wort ‚Schuld am Kriege' einen Sinn haben könne, bis jetzt nicht vorhanden wären und erst von der pazifistischen Bewegung selbst (durch Begründung einer Rechtsordnung zwischen den Staaten) geschaffen werden müßten" und daß bis 1914 der Krieg als ein sonoles Mittel zur Durchführung politischer Ansprüche gegolten habe.

Demgegenüber weist Fried darauf hin, daß die zwischenstaatliche Anarchie nicht an einem bestimmten Tage, zu einer bestimmten Stunde, aufhöre und zur selben Zeit die zwischenstaatliche Ordnung beginne. Das sei, so betont er, ein grundlegender Irrtum. Ein so ungeheurer Wandel könne nicht in einem Augenblick geschehen, sondern nur allmählich, unter Widerständen und Kämpfen. Es vollziehe sich ein langsames Hineinwachsen der Ordnung in die Anarchie. Der Prozeß der internationalen Zusammenarbeit sei bereits 1914 weit vorgeschritten gewesen. Regierungen und Völker hätten sich immer mehr bemüht, zusammenzuarbeiten und Möglichkeiten der Kriegsvermeidung zu schaffen. Die Haager Konferenzen bewiesen das besonders deutlich. Mehr aber noch die Tatsache, daß es diesem System der Verständigung, diesem guten Willen, der sich bei den Staaten Bahn gebrochen habe, gelungen sei, so gefährliche Konflikte wie den Huller Zwischenfall zwischen Rußland und England (1904), zwischen Norwegen und Schweden bei ihrer Trennung (1905), zwischen Deutschland und Frankreich anläßlich der Marokko-Frage (1905, 1909 und 1911), zwischen Japan und den Vereinigten Staaten von Amerika wegen der Einwanderung in California (1907/8); usw. friedlich aus der Welt zu schaffen. Der Krieg sei 1914 schon mit dem Bewußtsein des ganzen Zeitalters bekämpft worden. Es gebe also eine Schuld am Kriege.

Diejenigen, die eine Gemeinschuld aller Staaten am Kriege festzustellen glauben, denken lediglich an die politische Konstellation der vergangenen Jahrzehnte, an die indirekten Ursachen des Krieges. Fried gibt zu, daß im letzten Menschenalter immer ein Krieg gedroht hat. Aber er meint zunächst mit Recht, Deutschland trage die entscheidende Schuld daran, daß es nicht gelungen sei, zu einem wahren Friedenssystem zu gelangen. Er erinnert an das Verhalten Deutschlands im Haag, an die Ablehnung der Flottenverständigung mit England, an die Tätigkeit unserer Wehr- und Flottenvereine, an Tanger, Agadir, Nahern und die Jahrhundertfeier der Freiheitskriege. Durch

Deutschlands Verhalten sei es den Pazifisten in den andern Ländern nicht gelungen, die Bewegung so vorwärts zu bringen, wie das möglich gewesen wäre.

Aber ganz abgesehen hiervon legt Fried den entscheidenden Nachdruck auf die Tatsache, daß das österreich-ungarische Ultimatum an Serbien den Anlaß zum Weltkriege gegeben und Deutschlands Verhalten damals eine friedliche Lösung unmöglich gemacht habe. „Wer in einem mit Gas geschwängerten Raume ein Zündholz anstreicht, der verursacht die Explosion." In glänzender Weise vertritt Fried Ansichten, die sich ganz mit den meinigen decken: die Machthaber in Berlin wollten den Krieg nicht unbedingt, aber sie wollten unter allen Umständen ihren Willen durchsetzen, obwohl sie sich sagen mußten, daß das ohne Gewalt nicht zu erreichen sei. Sie spekulierten dabei offenbar auf den bereits stark gefestigten Friedenswillen Europas. „Die pazifistische Entwicklung, die die deutsche Regierung nie gefördert, wohl aber stets gehemmt hatte, sollte ihr nun als Grundlage für ihre Erpressung dienen." Fried stellt also eine ungeheuerliche Fahrlässigkeit der Berliner Regierung fest. Die russische Mobilmachung ist erst durch das deutsche Ultimatum hervorgerufen worden. Man darf auf diese sekundäre Kausalität nicht das entscheidende Gewicht legen. Mobilisierung bedeutet ferner nicht Krieg; die deutsche Regierung hätte auf die russische Mobilisierung nicht mit der Kriegserklärung antworten dürfen, wenn sie wirklich ihrer Verantwortung bewußt gewesen wäre. Zaghafte Naturen, die vor endgültiger Beurteilung der damaligen Ereignisse zunächst die Oeffnung sämtlicher Archive verlangen, gleichen nach Frieds Meinung jenen Rechtsanwälten, die einen bereits als aussichtslos erkannten Prozeß durch Vertagungsanträge zu verdunkeln trachten.

Fried wendet sich noch besonders dagegen, daß man das deutsche Verhalten durch den Hinweis auf angebliche Ueberfälle der Nachbarn rechtfertigen wolle, und weist nach, daß in Frankreich und England die Kriegsschreier die Politik ihres Landes nicht entscheidend beeinflussen konnten und Rußland wegen seines Bündnisses nicht ohne Frankreich und England hätte angreifen können. Der Weltkrieg wäre also ohne Deutschlands Verhalten nicht gekommen.

Es ist höchst bedauerlich, daß unseren leitenden Kreisen die Erkenntnis mangelt, wie unendlich wichtig ein klares Bekenntnis in der Schuldfrage, eine Veröffentlichung der deutschen Akten, eine Ersetzung der kompromittierten Männer durch unkompromittierte innerhalb der Regierung wie innerhalb der deutschen Friedensdelegation wäre. Unserem Volke täte nichts mehr not, als eine Ueberzeugung von der ungeheuren Schuld, die das frühere leitende Deutschland auf sich geladen hat. Ein klarer Strich gegenüber dem alten Regime würde unsere Lage erheblich erleichtern. Statt aber seine Anstrengungen auf diesen entscheidenden Punkt zu richten, versetzt man das Volk in eine nationalistisch erregte Stimmung und ruft dadurch Aeußerungen und Bekenntnisse hervor, die im Ausland unsere Stellung aufs schwerste schädigen müssen. Glaubt man wirklich, bei den Gegnern dadurch etwas erreichen zu können, daß diese Politiker ihnen Rache androhen für den Fall, daß wir diesen Frieden eingehen müssen? Schon hört man häufig das Wort, man müsse seine Kinder im Haß gegen Frankreich, England usw. erziehen. Eine neue nationalistische Welle geht durch Deutschland, gefördert von den Kreisen, die früher eine Annexionspolitik befürwortet haben.

Man sagt: Die Entente würde uns keine anderen Bedingungen geben, selbst wenn wir neue Männer nach Versailles senden würden. Gewiß: das allein würde nicht genügen, so lange nicht eine vollkommene Erneuerung des deutschen Volkes, ein scharfes Abrücken von dem alten Geiste Platz gegriffen hat. Ein Personenwechsel kann nur Bedeutung haben, wenn durch ihn der im ganzen Volke vorangegangene Wandel dokumentiert wird. Aber die Regierung hat seit den Novembertagen die Gelegenheit zu einem entscheidenden Bruche mit den alten Gewalten nur zu oft verpaßt. Ihre schwierige Lage soll nicht verkannt werden. Aber trotzdem muß mit Bedauern festgestellt werden, daß sie nicht imstande war, die reinsten und tiefsten Kräfte in dem deutschen Volke zu wecken, und daß letzten Endes der größte Teil des deutschen Bürgertums in seiner Gesinnung gegenwärtig nicht viel anders dasteht, als in den traurigen Augusttagen des Jahres 1914!

Geschichtsfälschung.

Mit einer Unverfrorenheit, die ihresgleichen nicht hat, versucht der „Vorwärts" die Mitschuld der rechtssozialistischen Partei an dem Gewaltfrieden von Brest-Litowsk zu leugnen. Es sei nicht wahr, erklärte er, daß die deutsche Sozialdemokratie den Brester Frieden willenlos geschluckt habe. Der „Vorwärts" habe an ihm die schärfste Kritik geübt und die Reichstagsfraktion habe sich zum Zeichen ihrer Mißbilligung bei der Abstimmung über ihn der Stimme enthalten. Sie haben den Frieden nicht abgelehnt, weil die Ablehnung „eine ungeheure Ermutigung für die russische Kriegspartei" bedeutet und die Aussichten eines Verständigungsfriedens, den die deutsche Sozialdemokratie anstrebte, verschlechtert hätte.

Soviel Worte, soviel Lügen und Ausflüchte. Es ist eine glatte Lüge, wenn im „Vorwärts" behauptet wird, eine Ablehnung des Friedens von Brest-Litowsk hätte eine Stärkung der russischen „Kriegspartei" bedeutet. Eine solche Partei gab es schon nach der Märzrevolution 1917, die den bürgerlichen Imperialismus zertrümmerte, nicht mehr. Die ganze nichtbolschewistische Phase der russischen Revolution stand unter dem Zeichen des demokratischen Vergleichsfriedens, „ohne Annexionen und Kontributionen, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker". Die bolschewistische Novemberrevolution 1917 versuchte, diese Parole in die Wirklichkeit umzusetzen, indem sie das Bündnis mit der Entente zerriß, ihre Armeen demobilisierte und Deutschland die Hand zu einem ehrlichen demokratischen Frieden entgegenstreckte. In diesem Augenblick von einer russischen „Kriegspartei" zu sprechen, ist eine ungeheuerliche geschichtliche Fälschung.

Diese Fälschung braucht aber der „Vorwärts", um die heuchlerische, verräterische Haltung seiner Partei vor und nach Brest zu verteidigen. Das Sündenkonto, das die rechtssozialistische Partei in diesen verhängnisvollen Monaten auf sich lud, ist nicht gering. Zuerst ermutigte die rechtssozialistische Partei die Bolschewisten zu einem radikalen Vorgehen in der Friedensfrage. Die Abgesandten der rechtssozialistischen Partei in Stockholm, die mit der dortigen Auslandsvertretung der Bolschewisten verhandelten, machten weitgehende Zusagen, wenn die deutsche Regierung das russische Friedensangebot nicht annehmen sollte. Das war eine Falle, in die die Russen gelockt werden sollten, denn es war den rechtssozialistischen Politikern nur allzu gut bekannt, daß die deutsche Regierung und alle hinter ihr stehenden Parteien das Friedensangebot der Bolschewisten als ein „Gottesgeschenk", als einen „deutschen Sieg" betrachten, der ihnen die Möglichkeit bot, die diplomatische Front der gegnerischen Koalition zu zertrümmern und nach der Erledigung des Ostens sich mit verdoppelter Macht auf den Westen zu stürzen.

Dann kamen die Verhandlungen in Brest-Litowsk, die die Enthüllung der ungeheuerlichen Raubpläne des deutschen Imperialismus — die übrigens für uns nie ein Geheimnis waren, aber von den Rechtssozialisten stets beharrlich abgeleugnet wurden — brachten. Damals sah sich der „Vorwärts" allerdings zu einer lendenlahmen Kritik der allzu weitgehenden Forderungen der deutschen Kriegspartei genötigt. Aber diese Kritik war nichts weiter als Lufterschütterung. Sobald es auf konkrete Handlungen ankam, hielt der „Vorwärts" und seine Partei nach wie vor dem Imperialismus den Steigbügel. Unentwegt wurden weiter Kriegskredite bewilligt, und voll Stolz unterstützte der „Vorwärts" das diplomatische Spiel Kühlmanns und Czernins in Brest-Litowsk, das darauf hinausging, durch Separatverhandlungen mit den Ukrainern die russische Front zu zerbrechen und Trotzki zur Kapitulation zu zwingen. Dieses Spiel haben die Rechtssozialisten unterstützt, sie haben den „ukrainischen Brotfrieden" als eine gewaltige Errungenschaft gefeiert, sie haben für diesen Frieden, das eigentliche Vorspiel des Brester Gewaltfriedens, im Reichstage gestimmt und in schamlosester Weise über uns Unabhängige gehöhnt, weil wir der Wahrheit die Ehre gaben und diesen Frieden als einen verräterischen Dolchstoß gegen die russische Revolution, gegen den demokratischen Friedensgedanken bezeichneten.

Was für einen Zweck hatte nach diesem Verrat die Stimmenthaltung der rechtssozialistischen Fraktion bei der Abstimmung über den schließlich Rußland aufgezwungenen Brester Gewaltfrieden? Nur den, die Spuren zu verwischen und sich ein Alibi zu verschaffen! Denn was getan werden konnte, um diesen Gewaltfrieden herbeizuführen, hatte die rechtssozialistische Partei getan. Nicht nur dadurch, daß sie fortgesetzt die Kredite bewilligte und mit dem Militarismus durch dick und dünn gegangen war, sondern auch durch ihre ständige Unterstützung aller heimtückischen Pläne der deutschen Diplomatie, die nie einen ehrlichen demokratischen Frieden gewollt hat.

Das ist der wirkliche Sachverhalt, der in seinen Einzelheiten ein noch viel abschreckenderes Bild ergibt, als wie das hier kurz skizziert ist. Der „Vorwärts" sollte über dieses Kapitel lieber schweigen. Es bildet alles weniger als ein Ruhmesblatt in der Geschichte der rechtssozialistischen Partei und kann auf keinen Fall als Beweis für die Richtigkeit der Friedenspolitik dieser Partei, jetzt und in den vorhergehenden Jahren, herangezogen werden.

Der „Vorwärts" ohrfeigt sich selbst.

In seiner gestrigen Morgenausgabe hatte der „Vorwärts" behauptet, „Unabhängige und Spartakisten" hätten kein Recht, sich über die Befreiung Vogels zu erregen. „Gerade sie haben in zahlreichen Fällen das böse Beispiel gegeben und die gewaltsame Gefangenenbefreiung zu einer Dauererscheinung gemacht", sagte wörtlich das Blatt. Zu genau derselben Zeit verglich die „Deutsche Zeitung" die Befreiung des eines gemeinen Mordes beschuldigten Vogel mit der Befreiung des bürgerlichen Revolutionärs Kinkel im Jahre 1849 durch Karl Schurz, und entrüstete sich über den „Vorwärts", weil dieser „gegen die Zuchtlosigkeit gewisser Offiziere einschneidende Maßnahmen" verlangt hatte. Das rechtssozialistische Zentralorgan sagt dazu nun folgendes:

„Vogel ist der Teilnehmer an einem gemeinen Mord, der durch ein Gericht seiner Klassengenossen zu einer verhältnismäßig sehr milden Strafe verurteilt wurde. Professor Kinkel war als Teilnehmer an dem badischen Aufstand, also wegen einer rein politischen Handlung, von einem Gericht zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt worden. Durch einen unerhörten Rechtsbruch, der zum Hohn noch in den Mantel einer „Begnadigung" gehüllt wurde, wandelte dann der König Friedrich Wilhelm IV., einer der infamsten Hohenzollernschen Schufte, die Festungshaft in lebenslängliche gemeine Zuchthausstrafe um! Kinkel saß also nicht infolge irgendeines Gerichtsurteils, sondern infolge eines rechtswidrigen absolutistischen Gewaltakts im Zuchthaus, und deshalb wurde seine Befreiung durch Karl Schurz von den Zeitgenossen als besondere Heldentat empfunden und gepriesen."

Was der „Vorwärts" dem alldeutschen Blatt vorwirft, dessen hat er sich selbst schuldig gemacht: Er hat den Vogel auf eine Stufe mit Leuten gestellt, die wegen politischer Vergehen verfolgt werden. Das rechtssozialistische Zentralorgan nennt Friedrich Wilhelm IV. „einen der infamsten Hohenzollernschen Schufte"; was dieser Mann aber an der Revolution und an der Demokratie gesündigt hat, das wiegt federleicht neben den Verbrechen, deren sich die Parteigenossen des „Vorwärts" in der Regierung schuldig gemacht haben.

Der „Vorwärts" hat also nicht sein alldeutsches Geschwister, sondern sich selbst geohrfeigt, er ist genau so schamlos, verstockt und verlogen wie dieses Blatt.

*

Zu der Flucht des Oberleutnants Vogel teilt eine Korrespondenz noch folgendes mit:

Die Flucht des Oberleutnants Vogel aus dem Zellengefängnis Moabit nimmt insofern eine überraschende Wendung, als nunmehr sicher zu sein scheint, daß Vogel Helfershelfer gehabt hat, die entweder bei der Division selbst zu suchen sind, oder dort einflußreiche Freunde gehabt haben. Wie wir meldeten, hat die Leitung des Zellengefängnisses dem angeblichen Leutnant Lindemann den Gefangenen auf eine Bescheinigung ausgeliefert, die zwar nicht den aufgedruckten Stempel der Division, dafür aber die Unterschrift des Kriegsgerichtsrates Jörns und den Gummistempel der Garde-Kavallerie-Schützen-Division trug. Zunächst wurde nachgeforscht, ob sich bei der Division ein Offizier namens Lindemann befinde, doch waren die Nachforschungen in dieser Richtung vergeblich. Dagegen ist festgestellt, daß der Gummistempel der Division unzweifelhaft echt ist. Die Untersuchung richtet sich nun gegen die Offiziere und Beamten, denen der Divisionsstempel zugänglich ist. Nach einer Verfügung aus dem Jahre 1917 dürfen Urkunden und Schriftstücke nur durch den Kommandeur oder dessen Stellvertreter mit dem Dienststempel der Formation versehen werden. Der Helfershelfer Vogels hat sich also in den Besitz eines derartigen Stempels setzen müssen, der nach der Vorschrift stets unter Verschluß liegen muß. Die Aehnlichkeit des Stempels auf der falschen Urkunde mit dem Originalstempel ist so täuschend, daß mit der Tatsache, der Befreier Vogels habe einen zweiten Stempel anfertigen lassen, kaum gerechnet werden kann. Ferner ist festzustellen, auf welchem Wege der Täter in den Besitz eines Schriftstückes gelangte, das die Unterschrift des Kriegsgerichtsrates Jörns trug. Diese Unterschrift ist sehr sorgfältig gefälscht. Der Befreier Vogels muß auch ferner genaue Kenntnis von den Vorgängen innerhalb der Division gehabt haben. Bekanntlich ist das Urteil in dem Prozeß Liebknecht-Luxemburg bisher durch die Regierung nicht bestätigt worden. Es besteht sogar, wie verlautet, die Absicht, den Prozeß einer Revision zu unterwerfen und einem anderen Militärgericht zu überweisen. Am vergangenen Freitag haben derartige Besprechungen zwischen einem Vertreter des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps und den in Betracht kommenden Regierungsstellen stattgefunden. Der Unbekannte muß also in sehr kurzer Zeit von den Besprechungen Kenntnis erlangt und dann seinen, offenbar seit längerer Zeit gefaßten und vorbereiteten Plan zur Ausführung gebracht haben. Bis zur Stunde hat man noch keine Nachricht, wohin Vogel sich gewendet haben könnte. Auch der Kraftwagen, mit dem der Gefangene entflohen ist, wurde noch nicht ermittelt.

Proteste der Arbeiter.

Die Arbeiter und Angestellten des Samsonwerkes protestieren mit Entrüstung gegen das Urteil, das von einem Militärgericht über die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs gefällt wurde. Sie verlangen die Nichtbestätigung des Urteils und Stellung der Angeklagten vor ein Revolutionstribunal.

Die gesamte Arbeiterschaft des Artilleriedepots Spandau nebst angeschlossenen Schwesterbetrieben Haselhorst und Schwanebeck erhebt, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, flammenden Protest gegen das Urteil und verlangt erneute Aufnahme des Prozesses gegen die Mörder Liebknechts und Luxemburgs vor ein Revolutionsgericht.

Der in Nr. 237 der „Freiheit" veröffentlichte Protest ist nicht von der Belegschaft der Firma Riebe, Weißensee, sondern von dem Stahlwerk Bathe, Weißensee, erhoben worden. Die beiden Namen sind infolge eines Versehens verwechselt worden.

Gegen die Standgerichte.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Am Montag, den 19. Mai, haben die Standgerichte in München ihre Tätigkeit aufgenommen. Inzwischen ist der Regierung Hoffmann in Bamberg sowie dem Standgericht im Wittelsbacher Palais in München das folgende Telegramm übermittelt worden:

„Wir Unterzeichneten, Mitglieder der verschiedensten politischen Parteien, halten die Standgerichte für eine große Gefahr im Interesse des inneren Friedens unseres Volkes. Wir erwarten dringend, daß das Urteil, welches gegen den Führer der Kommunisten, Leviné-Nissen, von dem Standgericht in München gefällt wird, trotz der erregten politischen Atmosphäre, in der der Prozeß abspielt, auch nicht von den Geboten der Gerechtigkeit und Menschlichkeit entfernen wird.

In jedem Falle aber erheben wir unsere Stimme dagegen, daß das Urteil sofort vollstreckt wird. Mehr denn je ist erforderlich, daß alles vermieden wird, was die Leidenschaften unseres Volkes von neuem aufpeitschen kann."

Lizentiat Auer, Graf v. Arco, Pfarrer Bleier, Professor E. Cassirer, Professor Einstein, Pastor Francke, Hellmut v. Gerlach, Adolf Grabowsky, Hugo Haase, Maximilian Harden, Max Hodann, Karl Kautsky, Walther Koch, Professor Nikolai, Elisabeth Rotten, Hugo Simon, Helene Stöcker.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen, die zu dieser Erklärung führten, kam folgende Kundgebung zustande:

„Die am 19. Mai in der Aula des Falkrealgymnasiums zu Berlin versammelte Freideutsche Jugend protestiert gegen die ungeheuerliche Tatsache, daß auf den Kopf Ernst Tollers, eines Menschen, der für seine politische Ueberzeugung kämpfte und sich stets gegen jede Gewaltanwendung erklärt hat, ein Preis von 10 000 Mark gesetzt worden ist. Derartige Maßnahmen sind bisher nur gegenüber gemeinen Verbrechern üblich gewesen. Die Versammlung fordert mit allem Nachdruck den Schutz des Lebens von Toller im Falle seiner Gefangennahme."

Bürgerstreik in Königsberg.

Königsberg, 20. Mai.

Der Aktionsausschuß für den Abwehrstreik gibt bekannt, daß infolge des politischen Generalstreiks, den „Unabhängige und Spartakisten" begonnen haben, alle hinter der Regierung Stehenden sofort in den Abwehrstreik treten. Die Beamten, Privatangestellten, Aerzte, Apotheker, Banken, Betriebe im Handels- und Industriegewerbe stellen sofort ihre Tätigkeit ein.

Haftentlassung Heydemanns.

Die Pressestelle des Reichskommissars teilt mit: Die gestern bereits von dem außerordentlichen Kriegsgericht Insterburg angekündigte Haftentlassung des Stadtverordneten Heydemann ist heute morgen erfolgt, da weder Fluchtverdacht noch Kollusionsgefahr vorliegt. Das gegen ihn anhängig gemachte Gerichtsverfahren wird durch die Haftentlassung nicht berührt.

Erdrosselung des Generalstreiks.

Der Aktionsausschuß für den Abwehrausstand teilt mit: Nachdem die Regierung dem Aktionsausschuß für den Abwehrstreik bekannt gegeben hat, daß im Laufe des Mittwoch die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt oder mit allen erforderlichen Maßnahmen herbeigeführt werden wird, fordern wir alle hinter uns stehenden Organisationen und Betriebe auf, Mittwoch früh 8 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Unabhängigen haben für morgen vormittag 11 Uhr zwecks Beschlußfassung eine Versammlung einberufen.

Hungerelend in Nordböhmen.

Wie das „Prager Tagblatt" meldet, besucht eine Abordnung der Kommission des Lebensmittelkommissars Hoover die Bezirke Graslitz, Falkenau, Eger und Asch, die um Hilfe für ihre Kinder gebeten haben. Die Kommission war von dem Hungerelend, das sie sah, erschüttert.

Betriebsräte.

Die Absichten der Regierung.

Von S. Aufhäuser.

Am 9. und 10. November galten die Arbeiterräte als eine brauchbare Einrichtung, als Träger der revolutionären Arbeiterschaft die neue Volksregierung in den Sattel zu heben. Bald darauf wurden sie eine unerwünschte Kontrollinstanz, da der von ihnen eingesetzte Vollzugsrat den unbeugsamen Willen zeigte, mit der Beseitigung Wilhelms II. und seiner Berufskollegen nicht Halt zu machen. Nachdem sich dann inzwischen die Machthaber des Kapitalismus vom ersten Schreck erholt hatten, begann sofort die Hetze gegen die Arbeiterräte. Die Sehnsucht nach der Nationalversammlung war das gegebene Mittel, um jene leidigen Revolutionsinstanzen als überflüssig zu erklären. Die Regierungssozialisten fanden in dem Zentralrat der Arbeiterräte den willkommenen Bundesgenossen, der nun sein Mandat darin erblickte, die ihm von seinen Auftraggebern übertragene Macht an die Nationalversammlung zu verschenken. Da die Arbeiterschaft diesen „Abschluß" der Revolution nicht begreifen wollte, sollte sie durch Maschinengewehre, Kanonen, Flammenwerfer und andere Errungenschaften unserer Technik eines Besseren belehrt werden.

Die früheren Arbeiterführer, die sich indes strategisch klug vom inneren Feind losgelöst und nach Weimar zurückgezogen hatten, mußten aber nun erkennen, daß die Arbeiter nicht bereit waren, die Errungenschaften der Revolution preiszugeben. Unter dem Druck der großen Streiks von Mitteldeutschland und Berlin kamen Regierung und Zentralrat plötzlich zu der Erkenntnis, daß sie die Arbeiterräte nicht etwa beseitigen, sondern im Gegenteil „verankern" müßten. Die Vertretung der Berliner Streikenden erhielt am 5. März in Weimar die Zusicherung, daß „die privatkapitalistische, von der einseitigen Herrschaft des Unternehmertums diktierte Wirtschaftsordnung planmäßig und weise abgebaut und sozialistisch neugeordnet werden sollte". Am 5. April folgte ein Kabinettsbeschluß, der die Abänderung des § 34 der Reichsverfassung ankündigte. Nun fingen aber die bisher geduldigen Kopfarbeiter an, auch ihrerseits zu rebellieren und ein Mitbestimmungsrecht zu fordern. Wiederum versicherte die Regierung, die Wünsche der Angestellten „in kürzester Frist" verwirklichen zu wollen.

Der Regierungsentwurf für die Erfüllung der beiden Versprechen liegt jetzt vor. Die Fassung ist in ihren Einzelheiten noch unverbindlich, da sie jetzt erst durch eine Kommission der beteiligten Wirtschaftsverbände durchgearbeitet werden soll, bevor sie an die Nationalversammlung gelangen wird. Es dürfte aber nützlich sein, die Arbeiter und Angestellten wenigstens mit den Grundzügen der beabsichtigten „Verankerung des Rätegedankens" bekannt zu machen. Das kommende „Gesetz über Betriebsräte" soll einmal die Arbeiter und Angestellten beruhigen, indem es die bisher als ungenügend erachteten Angestellten- und Arbeiterausschüsse ablöst und ein Mitbestimmungsrecht in den Fragen des Arbeiterverhältnisses verheißt. Gleichzeitig aber ist die Umtaufung von „Ausschuß" in „Betriebsrat" erfolgt, um damit auch die künftige Ueberflüssigkeit der Arbeiterräte festzulegen. Auf besondere Anfrage, ob die kommenden Betriebsräte den Ersatz für die bisherigen Betriebsausschüsse und die bisherigen Arbeiterräte bilden sollen, meinte Reichsarbeitsminister Bauer, er kenne eben nur Betriebsräte. Damit wäre also der Zeitpunkt, in dem durch Gesetz endgültig Schluß mit den Arbeiterräten gemacht werden soll, gekommen. So also sieht die Erfüllung des Regierungsversprechens aus, das gelegentlich des Berliner Generalstreiks der Arbeiterschaft gegeben worden war.

Damit der Schein gewahrt bleibt, hat jedoch die Regierung diesen in „Betriebsrat" umgetauften Angestellten- und Arbeiterausschüssen auch wirtschaftliche Aufgaben zugewiesen, die einen Ausgleich der überflüssig gewordenen Arbeiterräte bilden sollen. Die Betriebsräte würden neben ihren sozialen Aufgaben einen Einfluß auf die Produktion eingeräumt erhalten, der folgendermaßen aussieht:

„Der Betriebsrat hat die Aufgabe, den Arbeitgeber bei der Betriebsleitung durch Rat (!) zu unterstützen und für einen möglichst hohen Stand der Arbeitsleistung zu sorgen."

Das Reichsarbeitsamt hätte wenigstens so ehrlich sein und zugeben sollen, daß es nicht gewillt ist, den Angestellten und Arbeitern überhaupt einen Einfluß auf die Produktion zu geben. Dann hätte es sich darauf beschränken können, die sozialen Aufgaben der sog. Betriebsräte aufzuzählen. Wenn aber mit diesem Gesetz der Anschein erweckt werden soll, als sollten die Arbeiter und Angestellten, wie es in jenem Kabinettsbeschluß so schön hieß, „gleichberechtigt an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitwirken," so ist das eine glatte Verhöhnung der ganzen Revolution. Bei dem Provisorium im mitteldeutschen Bergbau vom 12. März war vorgesehen:

„Der Betriebsrat sorgt mit der Betriebsleitung für einen möglichst hohen Stand der Produktion .... Es ist auf Wunsch Einblick in alle wirtschaftlichen Vorgänge des Betriebes zu gewähren."

Selbst die damals gewährten bescheidenen Zugeständnisse werden jetzt wieder zunichte gemacht und die Aufgabe der Betriebsräte in wirtschaftlicher Beziehung erschöpft sich darin, den Antreiber zu spielen, um die Arbeitsleistungen zu erhöhen, ohne entscheidenden Einfluß auf Rohstoffverteilung, Beschaffung der Betriebsmittel usw. zu haben. Diese Aufgabe verlegt man in die geplanten paritätisch zusammengesetzten Bezirksarbeitsräte und Arbeitsgemeinschaften, in denen die Vertreter des Großkapitals dazu berufen sein sollen, die Sozialisierung durchzuführen.

Mit dem Aufgeben der Arbeiterräte in diesen famosen Betriebsräten soll, abgesehen von dem mangelhaften Einfluß auf die Gestaltung der Produktion und der Produktionsweise, auch die restlose politische Entrechtung der revolutionären Körperschaften herbeigeführt werden. Man darf aber nicht etwa glauben, daß die Betriebsräte nun in sozialer Hinsicht eine wesentliche Verbesserung der Angestellten- und Arbeiterausschüsse bringen. Der soziale Aufgabenkreis entspricht im wesentlichen denen, die in der Verordnung vom 23. Dezember festgelegt sind. Neu ist lediglich die Gewährung eines Mitbestimmungsrechtes, das aber auch nicht entfernt den Forderungen entspricht, die von der gewerkschaftlich organisierten Angestelltenschaft erhoben worden sind. Das Abkommen in der Metallindustrie, das damals den Ansatz für eine gesetzliche Regelung bilden sollte, ist wörtlich übernommen worden, ohne die damals von den Angestellten bereits festgestellten Mängel auch nur in einem Punkt zu beseitigen. Das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen soll erst Geltung haben, nachdem der Dienstvertrag bereits getätigt ist. Die Einspruch bei Kündigungen hat nach dem Entwurf rechtlich keine aufschiebende Wirkung. Für fristlose Entlassungen fehlt die Zusicherung des Mitbestimmungsrechtes überhaupt. Zahlreiche Berufsgruppen, wie die Versicherungsangestellten, Brauereiangestellten, die städtischen Angestellten von Berlin u. a., die ihr Mitbestimmungsrecht in Tarifen schon geregelt haben, würden durch die beabsichtigte gesetzliche Regelung eine erhebliche Verschlechterung erfahren. Vom Mitbestimmungsrecht bei Beförderung, Versetzung und anderen Fragen ist keine Rede. Auch das Wahlrecht erscheint mit der Altersgrenze von 20 Jahren ebenso unannehmbar, wie das Wählbarkeitsalter von 24 Jahren. Selbst in der Verordnung vom 23. Dezember 1918 war das passive Wahlrecht bereits auf 20 Jahre herabgesetzt, und es bedarf hier keiner Erläuterung, daß die zahlreichen jugendlichen Angestellten und Arbeiter unter 20 Jahren vom aktiven Wahlrecht keinesfalls ausgeschlossen werden können.

So sehr aber einerseits wichtige Grundforderungen der Arbeitnehmer im Entwurf vermißt werden müssen, so finden wir andererseits Bestimmungen, die in keinem Falle zu den Befugnissen des Betriebsrates gehören. Was soll z. B. folgende Bestimmung über den Streik besagen?

Der Betriebsrat hat in dem Falle, daß erhebliche Teile der Arbeitnehmer eine Arbeitseinstellung wünschen, dafür Sorge zu tragen, daß hierüber eine den Bestimmungen der beteiligten Arbeitnehmervereinigungen entsprechende ordnungsmäßige und geheime Abstimmung stattfindet, an der teilzunehmen allen Arbeitnehmern des Betriebes ermöglicht wird, die an der geplanten Arbeitseinstellung teilnehmen sollen.

Es ist mir nicht bekannt, daß von Arbeitnehmerseite jemals diese Bestimmung gefordert worden ist, vielleicht aber von der Gegenseite! Es kommt dazu, daß auch politische Streiks von dieser Anordnung miterfaßt werden würden.

Die Hoffnung, daß die eingesetzte Kommission den Entwurf im Sinne des Rätegedankens verbessern wird, ist gering, denn mit Ausnahme einiger Sprecher der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat in der Konferenz im Reichsarbeitsamt lediglich ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften grundsätzliche Einwendungen gemacht, während Herr Jansson von der Generalkommission die im Entwurf bezeichneten Aufgaben bereits als „ausreichend" erklärt hat. Hoffentlich erkennt die Arbeiterschaft rechtzeitig die Gefahr, die in der Verwirklichung dieser Regierungsabsichten verborgen liegt.

Groß-Berlin.

Die Schuhnot.

Die Schuhknappheit hat einen bedenklichen Umfang angenommen und führt schon zu recht unliebsamen Kalamitäten. Wer nach langem Warten endlich einen Bezugsschein erhalten hat, läuft damit von einem Schuhgeschäft zum andern und wird überall von neuem enttäuscht. Entweder wird dort überhaupt kein Kunde mehr angenommen oder man erhält die tröstliche Versicherung, daß vor acht bis zehn Monaten auf Lieferung von Schuhwerk nicht zu rechnen ist. Nun versucht man es, einen Dringlichkeitsschein zu erlangen. Aber damit haben auch nur wenige Glück. Es gibt Bezugsscheinstellen, die sich nicht dadurch erweichen lassen, daß man ihnen die völlig zerrissenen und einzigen Schuhe vorzeigt, die man an den Füßen trägt. Man wird darauf verwiesen, Kriegsstiefel zu tragen. Darin kann aber nicht jedermann laufen, das muß er sich jedoch erst von einem Arzt bescheinigen lassen, dann erhält er schließlich einen Dringlichkeitsbezugsschein auf Lederstiefel. Doch wird der Erfolg ebenso selten sein wie bei der Erlangung von Krankenernährung, und in der Hauptsache werden solche Personen Dringlichkeitsscheine erhalten, die gute Verbindungen haben.

Es wird von amtlicher Seite darauf hingewiesen, daß die Schuhwarenhändler jetzt höchstens 4 Prozent ihres Friedensbedarfs an Schuhwaren vom Hauptverteilungsausschuß zugeteilt erhalten, so daß es nicht möglich ist, jedem Einwohner pro Jahr ein Paar Lederstiefel zukommen zu lassen. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß „hinten herum" noch genug Schuhwaren verschoben werden; nur kosten sie dann den doppelten bis dreifachen Preis des rationierten Schuhwerks. Wo kommen diese Schuhwaren her? Vielleicht kann der Hauptverteilungsausschuß sich dazu auch einmal äußern.

Kommunale Arbeiterräte des Kreises Teltow.

Im Anschluß an die heutige Vollversammlung der Arbeiterräte in den Kammersälen, Teltower Straße, findet im kleinen Saale eine Besprechung der kommunalen Arbeiterräte des Kreises Teltow statt. Wir ersuchen die in der Vollversammlung anwesenden Arbeiterräte des Kreises daran teilzunehmen.
Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte des Kreises Teltow.

Achtung! Arbeitslosenräte Berlins und der Vororte.

Am Donnerstag, den 22. Mai, nachm. 2 Uhr, findet im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45, eine Vollversammlung der Arbeiterräte der Arbeitslosen statt. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig. Der Arbeiterrat der Arbeitslosen Berlins.

Die Städtische Straßenbahn.

Dem vorläufigen Bericht über den Betrieb der Städtischen Straßenbahn im Verwaltungsjahr 1918/1919 entnehmen wir folgendes: Mangel an Betriebsstoffen und Personal, insbesondere zur Wagenunterhaltung in den Werkstätten, bewirkten, daß im allgemeinen nur etwa 55 Proz. der Wagen betriebsfähig blieben. Die vorgeschriebene Kohlenersparnis minderte auch den Stromverbrauch, so daß trotz des steigenden Verkehrs die Zahl der Motorwagenkilometer weiter verringert werden mußte. Mehreinstellung von Anhängewagen aber ermöglichte es, den Gesamtverkehr trotzdem um 1,8 Proz. gegen den Vorjahrsverkehr zu erhöhen. Die beförderte Personenzahl stieg von ca. 40 Millionen auf 44,8 Millionen Personen. Die Betriebseinnahme erhöhte sich um 46 Proz. gegen das Vorjahr auf 5 610 400 Mark. Dagegen sind die Betriebsausgaben von 2 890 127 Mark auf 4 254 000 Mark, das ist um 78 Proz. gestiegen. Trotzdem konnte im Berichtsjahr ein Reingewinn von 350 400 Mark über die obligate Kapitalsverzinsung hinaus erzielt werden. Da der Reinertrag bestimmungsgemäß der Kriegsunterstützung für Kriegerfrauen mit 304 000 Mark zu dienen hat, so wird außer der Kapitalsverzinsung an die Stadthauptkasse nur noch der Betrag von [illegible] Mark abgeliefert werden können. Nach im Vorjahre konnten 708 523 Mark abgeführt werden. Trotz der im Berichtsjahr vorgenommenen Tariferhöhung (im Juni 1918 und im Januar 1919) ist also ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen, der sich durch die Lohnerhöhung und die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit einerseits, andererseits durch die Verkehrs- und Kohlensteuer und die außerordentliche Erhöhung der Materialpreise erklärt.

Sammelstellen für den gemeinsamen Abmarsch zur Kundgebung im Lustgarten.

Die Genossinnen und Genossen treffen sich heute zu den angegebenen Zeiten an folgenden Plätzen:

Neukölln. Nachm. 4½ Uhr auf dem Hermannplatz.

Schöneberg. Nachmittags 4 Uhr am Kaiser-Wilhelm-Platz.

Treptow-Baumschulenweg. Um 3 Uhr am Bahnhof Baumschulenweg, um 3¼ Uhr am Bahnhof Treptow.

Weißensee. Mitgliederversammlung fällt aus. Nachmittags 4¼ Uhr von den Zahlabendlokalen Abmarsch zum Lustgarten.

Hermsdorf-Waidmannslust. Abfahrt Hermsdorf mit dem Zuge 3,31 Uhr, in Waidmannslust 3,34 Uhr.

Tegel. Nachmittags ½3 Uhr bei Lenhard, Berliner Straße. Abmarsch 3 Uhr.

Geschützgießerei Spandau. Nachmittags 2 Uhr in den Informationslokalen.

A. W. Süd, Spandau. Nachmittags 3 Uhr in den Auskunftslokalen.

Int. Bund d. Kriegsbesch. und -Hinterbliebenen, Ortsgruppe Charlottenburg. Nachmittags ¾4 Uhr Wilhelmsplatz.

Int. Bund der Kriegsbesch. u. -Hinterbliebenen. Bezirk Nordwest-Moabit. Nachmittags 4 Uhr Lustgarten.

Die Redaktion der „Freiheit" ist heute nachmittag von 4 bis 6 Uhr geschlossen.

Ein Zopfabschneider scheint wieder sein Unwesen zu treiben. Als am Sonntag abend eine Frau mit ihrer neunjährigen Tochter die Theatervorstellung Kottbuser Straße 6 verließ, wurde im Gedränge dem Mädchen der wundervolle Haarzopf abgeschnitten. Zur Warnung sei dieses Vorkommnis mitgeteilt.

Arbeiterrat Neukölln. Donnerstag abend 7 Uhr, Sitzung des kommunalen Arbeiterrats. Rathaus, großer Sitzungssaal. — Um ½6 Uhr Fraktionssitzung beider Fraktionen im Bureau des Arbeiterrats.

Wohnungsnot, Wohnungswucher, Mieterräte. Oeffentliche Versammlung, Mieterbund. Donnerstag 7½ Uhr, Aula, Prinzenallee 8.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie, Bezirk Wilmersdorf. Donnerstag abend 7 Uhr, im Gesangssaal des Bismarck-Gymnasiums, Pfalzburger Str. 30/31, Mitgliederversammlung.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, ehem. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Neukölln. Mittwoch, abend 7 Uhr, im Karlsgarten, Karlsgartenstraße, Mitgliederversammlung.

Lebensmittelkalender.

Spandau. Am Sonnabend, den 24. Mai, beginnt der Verkauf der städtischen Margarine auf Margarineabschnitt 8 der Lebensmittelkarte. Mit Donnerstag, den 29. Mai, Abschnitt 3 ungültig. Für die Woche vom 19. bis 25. d. M. wird ¼ Pfund Auslandsmehl auf Nr. 18 der Einfuhrzusatzkarte verabfolgt. Schiffer erhalten 1 Pfund dieses Mehles gegen Abgabe des Mittelstückes der für die Zeit vom 12.—25. Mai d. J. ausgegebenen Lebensmittelkarten für Binnenschiffer. Feld 16 der Einfuhrzusatzkarte und das Mittelstück der Binnenschifferkarte verlieren mit Ablauf von Mittwoch, den 28., ihre Gültigkeit. Vorverkauf von Donnerstag ab. Auf Feld 250 der Lebensmittelkarte vom 21. ab in der Altstadt ¼ Pfund Weichkäse. Feld 203 verliert gleichzeitig die Gültigkeit. Als Ersatz für die Kürzung der Fleischration in den beiden letzten Wochen werden 150 Gramm Ackerbohnen oder Hülsenfruchtmehl ausgegeben. Ferner gelangen 250 Gramm Suppen, 250 Gramm Kunsthonig und ¼ Pfund Marmelade auf den Kopf der Bevölkerung zur Ausgabe. Auf die Einfuhrzusatzkarte werden 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl, 50 Gramm Streichfett und 125 Gramm Schweineprodukte abgegeben.

Pankow. Die ½-Liter-Krankenkarten werden vom 21. Mai ab wieder mit Frischmilch beliefert.

Staaken. Vom 21. d. M. ab: Schweinefleischprodukte auf Abschnitt 1 der Einfuhr-Zusatzkarte für die Einwohner der Gartenstadt in der Schlächterei Keßler, am Markt, und für die Einwohner der übrigen Ortsteile in der Schlächterei Bobert, Bahnhofstr. 15. Auf jeden Abschnitt werden 250 Gramm, berechnet für zwei Wochen, entnommen. Kondensierte Milch auf die Lebensmittelkarte eine Dose auf Grund der Kundenliste. Kunsthonig auf jeden Abschnitt 7 der Lebensmittelkarte 500 Gramm. Puddingpulver auf Abschnitt 8 der Lebensmittelkarte je ein Paket. Zwieback für Kinder bis zu 3 Jahren auf besonderen Bezugsschein sind am Donnerstag, den 22. d. M., in den zuständigen Kartenausgabestellen zu entnehmen. Auf jedes Kind entfällt ein Paket Zwieback.

Hennigsdorf. Mittwoch und Donnerstag bei den Fleischern Ernst und Schulze auf Marke E. Z. 1 der Einfuhrzusatzkarte, je 500 Gramm ausländisches Schweinefett. Am Donnerstag in allen Geschäften auf Marke 21 A (grün) 220 Gramm Haferflocken, auf Marke 22 A 250 Gramm Graupen, auf Marke 23 300 Gramm Nudeln, auf Marke 24 B ein Päckchen Puddingpulver, auf Marke 20 B 500 Gramm Kunsthonig. Für Kinder im 4. und 5. Lebensjahre eine Dose kondensierter Milch. Ausgabe der Bezugscheine am Freitag in der Lebensmittelabteilung. Für jedes Kind im genannten Alter ist eine Dose sichergestellt. Auf den Fettkarten-Abschnitt laufender Woche Margarine.

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Heft 4

gelangt heute zur Ausgabe.

Aus dem Inhalt:

Die Bewaffnung der Bourgeoisie.

Bilder von der Friedenskonferenz.

Bilder aus dem Kali- und Kohlenbergbau.

Notstandsarbeiten am Mittellandkanal.

Karikaturen u. a.

Der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Von Prof. Ballod.

Leo Tolstois Roman „Der Teufel".

Preis 20 Pfennig.

Abonnement Mai/Juni M. 1.60

Nr. 1—3 können noch nachgeliefert werden.

Zu haben in allen Buchhandlungen, Zeitungsverkaufsstellen, Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen, sowie im Verlag. Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Friedrich Kayßler. 7½ Uhr: Der Umzug.

Opernhaus
7 Uhr: Figaros Hochzeit.

Schauspielhaus
7 Uhr: Coriolan.

Direktion E. Reinhard — R. Bernauer. Theater i. d.
Königgrätzer Straße
7 Uhr: Stützen d. Gesellschaft. Donnerstag: Musik.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke.
7½ Uhr: Feldherrnhügel.
Donnerstag: Der Vater (Ludw. Hartau, Maria Orska).

Berliner Theater
7.15 Uhr: Sterne, die wieder leuchten.

Walhalla-Theater
7½ Uhr: Der Jäger aus Kurpfalz.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7½ Uhr: Wie es euch gefällt.

Kammerspiele
7½ Uhr: Der Star.

Kleines Schauspielhaus
7½ Uhr: D. Büchse d. Pandora

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky.
7½ Uhr: Der Blaufuchs.
Donnerstag: Der Blaufuchs
Freitag: Peer Gynt.

Deutsches Künstler-Theat.
Allabendlich 7½ Uhr:
Das Schloß am Wannsee.

Theater am Nollendorfplatz.
Nachm. 3½ Uhr:
Der ungebildete Kranke.
7 Uhr: Wo die Lerche singt.

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Tägl. ½8 Uhr:
Die Berliner Posse.
Der selige Hallschinski.
Dazu erstklass. Spezialitäten.
Sonntag 3½ U.: De aberten nich!

Wintergarten
täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Berliner Geschäftsdiener u. Packervereinigung. Berlin C. Niederwallstr. 28/29.

Frühlingsfest

in der Berliner Kindl Brauerei, Neukölln, Hermannstraße 214/219, am Sonnabend, den 24. Mai 1919.

Großes Gartenkonzert!

Spezialitäten und Kinderbelustigungen.
Familien können Kaffee kochen. Liter 1 Mark.
In den Sälen Tanz.
Kassenöffnung 3 Uhr. — Anfang 5 Uhr. — Eintritt 75 Pf.
Freunde und Gönner sind höflichst eingeladen.
Der Vorstand.

Angebot

für die

Leser der „Freiheit"

Ein Erinnerungswerk für alle Zukunft von seltenem Wert.

Mit Beiträgen von
Hugo Haase
Wilh. Dittmann
Emil Barth
Karl Kautsky
Kurt Eisner
Franz Mehring
Ernst Friedegg

und vielen andern führenden Politikern, Schriftstellern und Dichtern, sowie mit 60 — auch farbigen — Bildern, erschien soeben der

Deutsche Revolutions-Almanach

für 1919.

Hochinteressant! + Preis 4.50 M.

Sofortige Zusendung durch
Vogler & Co., Berlin W 9, Köthenerstr. 27, Abt. 8.

Kaufmännische Privatschule
von
Paul Kowalski
Berlin SO., Köpenicker Str. 143, am Schl. Bahnhof
Fernsprecher: Moritzplatz 11236.
Ausbildung in allen Handelsfächern sowie Stenographie, Maschinenschreiben, Englisch, Französisch, Polnisch Russisch, Deutsch, Schreiben, Rechnen, polnische Stenographie und Maschinenschreiben, kaufmännische und landwirtschaftliche Buchführung.
Tages- und Abendkurse.

Verlag u. Vertrieb

aktueller Broschüren übernimmt kleiner aber sehr rühriger Verlag.
Angebote erbitten wir unter F. W. 100 „Freiheit".

PIANOS, FLUEGEL neu und gebraucht
Römhildt A.-G., Leipziger Str. 119/120

SOZIALISTISCHE SCHRIFTEN

Soeben erschien:

ADLERPROZESS

Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht. Autoris. Ausgabe nach dem stenographischen Protokoll

8 M., geb. 10 M.

Dies Buch gehört der ganzen Welt als Dokument einer Zeit, eines Zustandes, einer Persönlichkeit

In dieser Schriftenreihe erschienen ferner neu:
Kurt Eisner, Ges. Schriften 2 Bde. 25 M. Gustav Landauer, Aufruf z. Sozialismus 6 M., Rechenschaft 8 M. Gawronsky, Bilanz d. russ. Bolschewismus 2.50 M. Seidel, Klassenamnes und Volkswehr 3.50 M. Stroebel, Die erste Milliarde der zweiten Billion 10 M. *Ausf. Prospekte kostenlos*

VERLAG PAUL CASSIRER / BERLIN W 10

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Am Freitag, den 23. Mai, abends 7 Uhr,

Mitgliederversammlung

bei Wilke, Sebastianstr. 20.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Verbandstage.
2. Sektionsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Da wichtige Berufsfragen zur Besprechung, evtl. zur Beschlußfassung kommen, ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Sektionsvorstand

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin :: N 54, Linienstraße 83-85.
Telephon Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714. Geschäftszeit von 9 bis 1 Uhr und 4 bis 7 Uhr

An die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Am Sonntag, den 25. Mai d. J., von 10 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. finden die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung in folgenden Lokalen statt:

Osten:
1. Heinrich, Große Frankfurter Str. 30.
2. Reh, Strausmannstraße 20.
3. Grunwald, Memeler Straße 67.
4. D. Blume, Alt-Boxhagen 56.

Nordosten:
5. H. Spüth, Georgenkirchstraße 65.

Südosten:
6. F. Fröhlich, Muskauer Straße 1.
7. Eichhorn, Reichenberger Straße 60.
8. Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Süden:
9. Monkle, Schönleinstr., Ecke Boppstr.
10. Büttner, Gneisenaustraße 66.

Westen:
11. Wiemer, Bülowstraße 58.

Nordwesten:
12. Marggraf, Huttenstraße 23.
13. Trieß, Berlichingenstraße 5.
14. Bürsch, Oldenburger Straße 10.
15. Krüger, Putlitzstraße 10.
16. Hümmerer, Birkenstraße 67, Ecke Bandelstraße.

Norden:
17. H. Nebel, Maxstraße 12.
18. Ernst Beyer, Müllerstraße 128.
19. Will Even, Triftstraße 57.
20. Laczeck, Hussitenstraße 35.
21. Mehlenburg, Ravenéstraße 6.
22. Baumann, Gerichtstraße 74.
23. Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.
24. Wilsche, Kopenhagener Str. 74.
25. Büttner, Schwedter Straße 23.
26. Cocus, Bellastraße 37.
27. Viktoria-Garten (Frisch), Badstr. 12.
28. Paul Frisch, Drontheimer Str. 4.

Vororte:
29. Adlershof: Böhneis Restaurant, ... Radickestraße.
30. Baumschulenweg: Paul Bahr, Baumschulenstraße 67.
31. Charlottenburg: Volkshaus, ...straße 3. — 32. Porschel, ... Friedrichstraße ...
33. Cöpenick: Rabner, Kaiserin-... Viktoria-Straße 18.
34. Friedenau: G. Tanz, ... Straße 12.
35. Friedrichshagen: Timius, ...straße 151.
36. Lichtenberg: W. Schulz, ... Ecke Kronprinzenstraße.
37. Mariendorf: Stiebler, ... Kurfürstenstraße.
38. Neukölln: Ideal-Klause, ...straße 14/15. — 39. ... Weichselstraße 8. — 40. ... Berg, Ecke Leinestraße. — 41. ... Iben, Boddinstraße 36. — ... W. Kirschner, Hermannstraße ...
43. Oberschöneweide: Wernicke, ... minenhof-Straße 18.
44. Pankow: Schmidt, ... Görschstraße.
45. Reinickendorf-West: Clemens, ... lingstraße 34.
46. Schöneberg: Otto, Martin-... Straße 69.
47. Siemensstadt: Müller, ... Steig.
48. Spandau: Marie Nikolay, Char... straße 28.
49. Steglitz, Henke, Flensburger ...
50. Tegel: Lehnhardt, Berliner ...
51. Tempelhof: Bürgergarten, ... Straße, am Bahnhof.
52. Treptow: Cautier, Neukölln, ... Straße 88.
53. Weißensee: Nasche, Berliner ...
54. Wildau, Schumann.

Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen ist es, sich rege an der Wahl zu beteiligen.

Die Ortsverwaltung.

Kommunistische Partei, III. Bezirk Moabit.
Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr in den Moabiter Prachtsälen, Wiclefstraße 24 (großer Saal)

Oeffentliche Versammlung

Thema: Stellungnahme zum Friedensvertrag.
Freie Aussprache. Arbeiter erscheint in Massen.

Kommunistische Partei

Am Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr, findet in den Prachtsälen des Ostens, Frankfurter Allee, eine

Mitgliederversammlung

statt. — Gäste haben Zutritt.
Tagesordnung:
Unsere Stellungnahme zum Friedensschluß.

Arbeiterrat Neukölln!

Am Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr, Sitzung des kommunalen Arbeiterrats im großen Sitzungssaal. — Um ½6 Uhr Fraktionssitzung der K. P. D. u. der U. S. P. D. im Bureau des Arbeiterrats.

Der Vorstand.
Michelis. Grylewey.

Kommunistische Partei (12. Bez., Schöneberg)
Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr,

Oeffentliche Versammlung

in der Aula der Fichte-Real-Schule, in der Kolonnenstraße in Schöneberg.
Tagesordnung:
1. Referat: Gegen den Gewaltfrieden. — 2. Diskussion.
Der Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 22. Mai 1919, nachmittags 4½ Uhr,

Versammlung

der Metalldrücker Berlins und Umgegend im „Reichenberger Hof", Reichenberger Straße 147.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Kollektivvertrag. — 2. Diskussion. — 3. Branchenangelegenheiten. — 4. Verschiedenes.

Kollegen! In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung betr. des Kollektivvertrages ist es unbedingt notwendig, daß alle Kollegen zur Versammlung erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, da der Saal von 7 Uhr ab anderweitig vergeben ist.

Achtung! Rohrleger und Helfer. Achtung!
Donnerstag, den 22. Mai 1919, abends 6 Uhr,

Branchen-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 4).
Tagesordnung:
1. Schlußbericht der Streikleitung. — 2. Diskussion. — 3. Branchenangelegenheiten. — 4. Wahl der Schlichtungskommission. — 5. Verschiedenes.

In dieser Versammlung werden die neuen Tarifverträge ausgegeben.

Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen aller Berufskollegen ist unbedingt erforderlich
Die Ortsverwaltung.

Achtung! An alle Mitglieder Achtung!
der Verwaltungsstelle Berlin.

Da vom Hauptvorstand Postvollmachten nicht mehr erteilt werden, können wir Geldsendungen und Einschreibebriefe mit der Adresse: „Deutscher Metallarbeiter-Verband-Berlin" nicht annehmen.

Wir fordern darum die Mitglieder auf,
Geldsendungen und Einschreibebriefe
für die Ortsverwaltung Berlin an uns namentlich zu adressieren.
Otto Taft. Oskar Rusch.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83—85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Die für den 21. Mai bei Gomb einberufene Vertrauensmänner-Konferenz des Bezirks 14, Moabit, findet am Donnerstag, den 22. Mai, um 6 Uhr, im selben Lokal statt.
Die Ortsverwaltung.

! Mieterversammlung !

Mittwoch, den 21. Mai, abends 7½ Uhr,
Clubhaus Dase, Alte Jakobstraße 59.
Vortrag des Vorsitzenden des Mieterbundes Groß-Berlin Dziegk über

Mieterräte

Mieter und Mieterinnen! Erscheint in Massen!
Mieterbund Groß-Berlin E. V.
Geschäftsstelle: W. 35, Potsdamer Str. 56, Gartenh. II.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.
Ortsgruppe Groß-Berlin. Büro: Münzstr. 20.

Freitag, den 23. Mai 1919, abends 7 Uhr,
i. d. Musikersälen (Börsensaal), Kaiser-Wilhelm-Str. 31,

Versammlung

der Verbandsmitglieder aus dem

Strickgarn-, Strumpfwaren- und Trikotagen-Engroshandel.

Der von uns abgeschlossene Tarifvertrag. Referentin: Grete Weinberg.

Da eine Sektion der Branche gegründet werden soll, darf im eigensten Interesse keine Kollegin, kein Kollege fehlen. Wer Mitglied werden will, ist willkommen!

Gedruckte Exemplare des Tarifvertrages sind im Saal zu haben.

Zentralverband der Handlungsgehilfen,
Berlin C 25, Münzstr. 20.

Achtung! Achtung!
Arb. Nord Spandau
Betriebsversammlung
Mittwoch, den 21., 1 Uhr, im Gewerkschaftshaus am Kurmärkerweg.
Trotz der Arbeitsweise ist es Zusammenarbeit dringend erforderlich, darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin, zu dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Obmann der Vertrauensleute.
Wertel.

Botenfrauen
werden sofort eingestellt.
Frau Döring, Steinmetzstr. 21.

Botenfrauen
zum Austragen der Freiheit sucht Gierschner, Gitschinerstraße 92.

III. Kreis, I. Abtlg.
Am 18. Mai 1919 starb unser Genosse, der Sattler
Adolf Seidel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 22. Mai, nachmittag 3 Uhr, vom Michaelis-Friedhof, Mariendorfer Weg statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutsch. Buchbinder-Verband
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied die Kollegin
Minna Krause
nach langer Krankheit gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 22. Mai cr., nachm. 3 Uhr, auf dem Bartholomäusfriedhof in Weißensee, Falkenbergstraße statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Todesanzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Rollkutscher
Artur Florian
von der Firma A. Warmuth, am 15. ds. Mts., im Alter von 35 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. ds. Mts., nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Friedenskirchhofes, Nordend, Blankenfelder Str. 6 statt.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege der Postarbeiter
August Kliem
am 15. ds. Mts. im Alter von 71 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Parteisekretär
für den Kreis Mansfeld p. 1. 7. 19 gesucht. ... unter Angabe der bisherigen Parteitätigkeit ...
W. Christange, Eisleben

Zähne 2 Mark, 4.— ...
mit echtem
Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5 jähr. schriftl. Garantie.
Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis.
Spezialität: Zähne ohne Gaumen
Echte Goldkronen von 20 Mark an.
Keine Luxuspreise.
Persönliche fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.
Zahnpraxis Danziger Strasse 1 Hatvani
Ecke Schönhauser Allee. Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9—12, 2—7. Sonntags und Feiertags ...
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Möbel! Besonderes Angebot in Schlafzimmern Eiche.

1 Schrank, dreitlg. Aufsatz mit geschliffenem Spiegel, Ondoben, Stange, geschliffene Verglasung
1 Waschtoilette mit geschliffenem Spiegel und Marmor
2 Nachtschränke mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 Stell. Auflegematratzen mit Keil.
2 Stühle
1 Handtuchständer

1975 M.

Beste Verarbeitung o trockenes Material
Großes Lager in allen Sorten Schlafzimmern, Herrenzimmern, Speisezimmern, Wohnküchen zu sehr billigen Preisen. — Verkauf auch nach auswärts.

Lombard- u. Möbelhaus ... Börse G. m. b. H.
Lindenstraße 43—44.

Färben

von **Uniformen** und allen anderen ...
in 3 bis 5 Tagen
direkt in der Fabrik von
Radtke & Grundmann
Berlin S 14, Dresdener Strasse 34/35
Annahmestellen:
SO: Wiener Strasse 25, S. Rosenm...
W: Krausenstrasse 3, R. Nowotny;
SW: Blücherstrasse 21, O. Fechner;
SW: Wilhelmstrasse 28, Gliem.

Ledebour als Ankläger.

Zweiter Verhandlungstag.

Der zweite Verhandlungstag beginnt kurz nach 9 Uhr. Nach Verlesung der Anklage äußerte sich Genosse Ledebour zu den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen wie folgt:

Ich habe von vornherein die Absicht gehabt, über die Januarerhebung und meine Beteiligung daran in aller Oeffentlichkeit mit voller Klarheit Auskunft zu geben. In der bisherigen Voruntersuchung habe ich deshalb keine Aussage gemacht, weil ich unser Gerichtssystem für durchaus derjelbt halte, außerdem wäre es schwer gewesen, bei bestimmten Einzelheiten, über die ich hätte aussagen können, eine Grenze zu ziehen, da Ueberschreitungen andere Leute in Ungelegenheiten bringen könnten. Ich halte diese Erklärung deshalb für nötig, weil es der Herr Justizminister Heine in der Preußischen Nationalversammlung fertig gebracht hat, auf Grund seiner Kenntnis der Untersuchungsakten Anschuldigungen gegen mich zu erheben, die zum Teil unwahr sind. Das ist ein Mißbrauch, der von Personen aller Parteien bisher auf das schärfste verurteilt worden ist. Ich habe in einer Zuschrift an die Presse gegen diese Behauptungen in der Nationalversammlung protestiert. Ich muß dies darum erklären, weil der Zweck des Herrn Heine in der Oeffentlichkeit

bei den Gegnern Stimmung gegen mich zu machen,

vollständig erreicht ist. Ich darf z. B. annehmen, daß die Herren Geschworenen die Erklärungen des Herrn Heine durch die Veröffentlichungen in der Presse kannten, dagegen von meiner Widerlegung, die nur in unserer Presse erschienen ist, und von der die bürgerlichen Zeitungen keine Notiz nahmen, nichts wissen.

Die Anklageschrift hat mit die Ueberzeugung beigebracht, daß die Staatsanwaltschaft sich krampfhaft bemüht hat, durch ihr Material ihren höchsten Vorgesetzten, Herrn Justizminister Heine, einigermaßen zu decken. Ledebour berichtet dann über seine Beteiligung an den Januarvorgängen und erklärt, daß sie nur einen Teil der revolutionären Bewegung seit November und einen Bestandteil der revolutionären Bewegung, die heute noch nicht abgeschlossen sei, bilde. Einzelne Beschlüsse ließen sich nur durch die Ereignisse, die vorhergegangen sind, erklären. Ihm und seinen Freunden sei es schon seit einigen Jahren, besonders während des Weltkrieges, klar geworden,

daß Deutschland zu einer Revolution

kommen müsse. Eine Rettung könne nur eine vollständige Umgestaltung im Sinne des revolutionären Sozialismus bringen. Er sei es gewesen, der im Deutschen Reichstag und innerhalb seiner Fraktion diesen Gedanken zum Ausdruck gebracht und wiederholt vertreten habe. Die ersten Zuckungen der revolutionären Bewegung sind, so führt Genosse Ledebour fort, auf die Jahre 1916 und 1917 zurückzuführen, wo Streiks in der Metallarbeiterschaft ausbrachen. Die Arbeiterschaft ist durch das vollkommen ablehnende Verhalten der Regierung zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie sich auf eine revolutionäre Bewegung gefaßt machen müsse. Ich habe ständig mit der Arbeiterschaft Fühlung gehabt. Es bildete sich zu jener Zeit schon ein vorbereitender Revolutionsausschuß. In meiner Fraktion stieß ich wegen meiner revolutionären Hoffnungen auf sehr starke Bedenken und wurde als Phantast verlacht. Ich habe versucht, den

Gedanken einer internationalen Bewegung

in die Wege zu leiten und ihn in Stockholm in die Tat umzusetzen. Auf der Zimmermann-Konferenz brachte ich einen Antrag ein, der eine Aufforderung an das internationalistische Proletariat aller Länder enthielt, möglichst gleichzeitig in einen allgemeinen Massenstreik zur Beendigung des Krieges einzutreten. Auch dort stieß ich auf Widerspruch, selbst die russischen Bolschewisten waren anfangs gegen meinen Antrag. Sie standen auf dem putschistischen Standpunkt, haben sich aber nach meinen Ausführungen meinem Beschluß angeschlossen. Das zeigt ganz deutlich, daß wir bei unseren revolutionären Bestrebungen in Deutschland nicht Nachahmer der Bolschewisten sind. Für den Beschluß der Zimmerwalder Konferenz konnte ich leider die sofortige Publizierung nicht bei meinen Parteifreunden erreichen. Dagegen fand ich lebhafte Zustimmung bei der revolutionären Arbeiterschaft Berlins. Es verdichtete sich im Januar 1918 dieser Beschluß zu dem

großen Munitionsarbeiterstreik,

an dem sich auch andere Berufsschichten beteiligten und der einen Druck auf Regierung und Parlamente zur Herbeiführung eines gerechten Friedens ausüben sollte. Ich habe immer die Forderung vertreten, daß die Führer einer solchen Bewegung ihre Person und ihr Leben in die Schanze schlagen müßten und daß eine solche Aufforderung zum Massenstreik von der gesamten Fraktion der Unabhängiger Sozialdemokratie unterzeichnet werden müßte. Nur drei meiner Freunde Zubeil, Henke und Herzfeld waren dazu bereit.

Der Streik hatte nicht den gewünschten Erfolg, da die Regierung und die Mehrheitsparteien des Reichstages viel zu sicher in ihrem Glauben waren, daß Deutschland in dem Kriege unbedingt die Oberhand behalten würde. Ledebour kommt dann ausführlich auf die Annexionspolitik der deutschen Regierung beim Brest-Litowsker Frieden zu sprechen, bei der sie die Unterstützung der bürgerlichen Parteien und der Regierungssozialisten gefunden habe. Die jetzige Regierung sei auch nur eine Fortsetzung der Regierung jener Zeit und habe den Gegnern gegenüber nicht die Autorität, uns einen gerechten Frieden zu schaffen. Diese Erwägung habe bei ihm und seinen Freunden dazu beigetragen, daß diese Regierung gestürzt werden müsse. Nach dem Januarstreik habe die Regierung die

oppositionellen Elemente mit allen Mitteln verfolgt.

Die Unternehmer, von denen hier ein großer Teil auf der Anklagebank — vielmehr Geschworenenbank sitzen, haben ja durch Denunziationen bei der Verfolgung der oppositionellen Elemente mitgeholfen. Auch die Staatsanwaltschaft hat sicher die Gelegenheit ergriffen, Anklagen über Anklagen zu erheben. Durch diese Verfolgungen ist aber das Gegenteil von dem eingetreten, was die Regierung erwartet hat. Die Rädelsführer wurden entweder in Schutzhaft genommen oder ins Heer gesteckt. Dadurch kam eine große Anzahl tüchtiger sozialistischer Agitatoren in das Heer, die natürlich, besonders unter dem Druck des bitteren Unrechts, die sozialistischen Ideen verbreitet haben und viel dazu beitrugen, daß ein halbes Jahr später die ganze Armee von der

Notwendigkeit des Sozialismus und der revolutionären Erhebung

überzeugt war. Diese Ueberzeugung verdichtete sich dann im November, zuerst bei der Marine zur Tat. Ich habe dann im Reichstag versucht, die Oeffentlichkeit auf die Revolution vorzubereiten und unter fürchterlichen Drohungen der Reichstagsmehrheit die Notwendigkeit erklärt, die Monarchie zu beseitigen. In meiner letzten Reichstagsrede, wo die Opposition gegen die Regierung schon stärker geworden war, verlangte ich nicht nur Beseitigung eines einzelnen Hohenzollern, sondern die

Aufhebung sämtlicher Dynastien

in Deutschland. Der Ausbruch der Revolution hat den letzten Rest von Glauben an die Segnungen des Obrigkeitsstaats beim Volke zerstört, der vollständige Bankrott der Obersten Heeresleitung habe noch dazu beigetragen. Auch die Ernennung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler und zweier regierungssozialistischer Minister konnte den Lauf der Dinge nicht mehr aufhalten. Die Regierungssozialisten gaben sich alle Mühe, durch Unterstützung einer konstitutionell-parlamentarischen Regierung die Revolution zu verhindern. Wir aber hatten die feste Absicht, durch eine revolutionäre Erhebung der Arbeiterschaft und der Soldaten ganze Arbeit zu machen und eine sozialistische Republik zu schaffen. In den Sitzungen des schon erwähnten Revolutionsausschusses, dessen Grundstock die revolutionären Obleute der Betriebe bildeten, und an dem auch Mitglieder der Parlamente und in letzter Zeit mein Freund Liebknecht teilnahmen,

drängten wir darauf, loszuschlagen

und das ganze bestehende Regierungssystem zu beseitigen. In der entscheidenden Sitzung am 2. November waren wir über die Vorgänge in der Marine noch nicht unterrichtet. Es wurde auf meinen und meiner Freunde Antrag beschlossen am 4. November einen revolutionären Aufstand herbeizuführen, der mit einem allgemeinen Massenstreik und einem Demonstrationszug der Arbeiter beginnen sollte.

Um über die Stimmung unter den Arbeitern ein klares Bild zu gewinnen, wurde die endgültige Entscheidung auf den Abend verlegt, wo alle revolutionären Obleute der Betriebe anwesend sein sollten. Da nur die größeren Betriebe zu einer solchen Erhebung bereit waren, von den kleineren aber ungünstigere Mitteilungen kamen, befürwortete einer der Abgeordneten die Vertagung der Erhebung. Durch Umfrage stellte ich fest, daß

von 125 000 Arbeitern 75 000 zum Losschlagen

bereit waren. Nach unserer Ueberzeugung genügte diese Zahl vollständig, um die Aufforderung zur Revolution ergehen zu lassen. Mit 22 gegen 19 Stimmen wurde jedoch beschlossen, die Parole noch nicht auszugeben. Nachher stellte sich heraus, welch furchtbarer Fehler das war. Eine Berufung nach Kiel, wo die revolutionäre Bewegung bereits im Gange war, lehnte ich ab, weil ich hier in Berlin die einzige energisch treibende Kraft unter den Abgeordneten war. Die definitive Entscheidung sollte nunmehr am Mittwoch, den 6. November, fallen. Durch ihre Spitzel hatte die Regierung von der geplanten Erhebung erfahren und ihre Vorbereitungen getroffen. Am folgenden Montag begannen die Verhaftungen. Einer der Verhafteten, Oberleutnant Walz, hat aus Angst für seine Person alles erzählt, was in den Konferenzen besprochen war. U. a. gab er auch Däumig an, der dann am 8. November verhaftet wurde.

Diese Verhaftung war das Signal,

daß unter keinen Umständen noch einen Augenblick gewartet werden durfte. Wir beschlossen einstimmig, daß am Morgen des 9. November die Arbeiterschaft zum Losschlagen aufgefordert werden sollte. Mein Freund Emil Barth, der durch einen unglücklichen Zufall über den Ort unserer Zusammenkunft falsch unterrichtet war, glaubte, wir seien verhaftet, hat ebenfalls dieselbe Parole ausgegeben. Auch Dr. Ernst Meyer und Liebknecht haben dann eine Aufforderung ergehen lassen, so daß drei Aufrufe am Freitag, den 8. November, hinausgeschickt wurden.

Genosse Ledebour kommt dann auf die Haltung der Regierungssozialisten zu Beginn der Revolution zu sprechen. Diese hätten sich von der Parole der Unabhängigen bei der tiefgehenden Erregung der Arbeiterschaft einen Massenerfolg versprochen und fürchten, sehr viel zu verlieren. Trotzdem hätten sie

ein schmähliches Doppelspiel

getrieben. Zunächst hätten sie mit den übrigen bürgerlichen Parteien sich dahin verständigt, ein immer weiter ausgedehntes Reformministerium zu bilden. Ebert habe in letzter Stunde die Berufung zum Reichskanzler angenommen. Herr Scheidemann habe an den Kaiser die Aufforderung gerichtet, zu demissionieren. Gleichzeitig hatten sie aber zum 8. November ihre Leute zusammenberufen, wobei jedoch keine Entscheidung fiel, weil inzwischen die Aufforderung an den Kaiser in die Wege geleitet war.

Da am 8. November viele Anhänger unserer Partei, so berichtet Ledebour weiter, verhaftet waren, und wir eine mit unserm Namen unterzeichnete Parole zum bewaffneten Aufstand in die Oeffentlichkeit gehen ließen, haben meine Freunde Dittmann, Vogtherr und ich im Reichstag übernachtet. Am Morgen des 9. November erschienen zu meinem größten Erstaunen in unserem Fraktionszimmer

Ebert, Scheidemann und Herr Braun

mit dem Vorschlag, Halbpart zu machen. Ich zog nur die Brauen hoch und sagte: Na, sowas! Ebert erklärte, daß sie ihre Leute noch bis 12 Uhr zurückhielten. Ebert und Scheidemann wußten durch ihre Vertrauensleute, daß die revolutionäre Bewegung Erfolg haben würde und daß sie in Kiel und Bayern bereits im Gange sei. Meine Herren! Stellen Sie sich die Situation vor: Der Reichskanzler des Deutschen Reiches, der aus den Händen Wilhelm II. seinen Posten empfing und Scheidemann, einer der Staatssekretäre, kommen in das Zimmer eines Gegners und bieten dieser Partei, von der sie wissen, daß sie bereits die Parole zur Erhebung gegen ihre eigene Regierung ausgegeben hat, gemeinsame Arbeit an! Ich gab keine positive Antwort. Leider hatte mein Freund Dittmann sich diese Zurückhaltung nicht auferlegt, sondern eine paritätische Zusammensetzung vorgeschlagen. Als ich von einer Verabredung zurückkehrte, fand in meiner Abwesenheit andere Mitglieder der Reichstagsfraktion auf dieses Angebot eingegangen. Es sollte ein gemeinschaftliches Ministerium beim Beginn der Revolution gebildet werden. Um 1 Uhr war die Revolution schon vollkommen siegreich. Scheidemann hatte die Gelegenheit benutzt — er ist ja immer dabei, wenn es etwas zu ergattern gibt —, vom Reichstag aus die Republik zu proklamieren. Seitdem renommiert er damit:

Ich habe die deutsche Republik ausgerufen!

Wäre die Revolution damals mißglückt, so würde ich wahrscheinlich zwischen Ebert und Scheidemann hier auf der Anklagebank sitzen. Ich gestehe ein, daß wir auf diese Schiebertaktik nicht gefaßt waren. Der Vorsitzende unterbricht Ledebour und bittet ihn, seine Ausdrücke zu mäßigen.

Ledebour spricht nunmehr über die Zusammensetzung der geplanten Revolutionsregierung und gibt an, daß er früher Ebert und Scheidemann in einer Berliner Generalversammlung durch einen Beschluß im Parteisinne für ehrlos erklären ließ und daß er sich daher nicht hätte entschließen können, mit ihnen ein Koalitionsministerium zu bilden. Nach seiner Ueberzeugung hätten die Unabhängigen die Regierung allein übernehmen können und auch Kräfte genügend zur Verfügung gehabt. Ihm seien Politiker wie Ebert und Scheidemann in der Seele zuwider gewesen. Als er dann im Gefängnis gelesen habe, daß Ebert zum Präsidenten der deutschen Republik gewählt sei, habe er sich als Deutscher und nicht nur als internationaler Sozialist geschämt. Im Koalitionsministerium hätten sich sehr bald Konflikte mit der Arbeiterschaft gebildet. Die Unabhängigen wären in ihrer Propaganda vollständig gelähmt gewesen, da sie nicht volle Aufklärung über die Sünden der rechtssozialistischen Partei im Volke verbreiten konnten. Die

Mißstimmung bei den klarer sehenden Parteigenossen

wurde durch verschiedene Vorkommnisse noch verstärkt, besonders die Vorgänge in der Chausseestraße am 6. Dezember, wo von Soldaten auf einen Demonstrationszug geschossen wurde und die sich daran anschließenden Vorgänge in der Wilhelmstraße sowie die Verhaftung der Mitglieder des Vollzugsrats brachten den Haß zum Ueberkochen. In der nächsten Sitzung, zu der auch die Vollzugsratsmitglieder geladen waren, hätte er und Cohen den Antrag gestellt, Ebert sofort abzusetzen. Dieser Antrag wäre jedoch abgelehnt worden.

Ledebour kommt dann auf die Vorgänge am 24. Dezember zu sprechen und erklärt, daß durch seine Vermittlung die Differenzen zwischen der Volksmarine-Division zu einem befriedigenden Vergleich geführt hätten. Dorenbach, einer der damaligen Führer, sei leider auf einem angeblichen Fluchtversuch ermordet worden. Der Vorsitzende rügt diese Aeußerung, da die Untersuchung über den Fall Dorenbach noch nicht abgeschlossen sei und von einem Mord nicht geredet werden könne. Der Verteidiger Rosenfeld erklärt jedoch, daß Dorenbach dies

vor seinem Tode noch selbst angegeben

habe. Ledebour erklärt nun weiter, daß die berechtigten Forderungen der Marine-Division durch seine Vermittlung erfüllt worden seien. General Hoffmann habe sogar zugesagt, die Truppen aus Berlin zu entfernen. Dieser Ausgleich sei jedoch den Truppen und der Regierung gar nicht erwünscht gewesen, und ihr Verhalten führte schließlich zu dem Entschluß, aus der Regierung auszutreten. Ledebour ist der festen Ueberzeugung, daß der spätere Konflikt mit der Volksmarine-Division in Berlin provoziert wurde. Die Kämpfe am Alexanderplatz seien nur ein Racheakt für den damals herbeigeführten Ausgleich gewesen. Die unglücklichen 32 Matrosen, die damals zum Empfang ihrer Löhnung in die Französische Straße kamen, sind, wie gerichtsnotorisch festgestellt ist, wehrlos niedergemacht worden.

Vors.: Ich kann nicht zugeben, daß gerichtsnotorisch festgestellt ist, daß die Matrosen wehrlos niedergemacht sind.

Ledebour: Wenn Ihnen das nicht bekannt ist, bedauere ich es lebhaft.

Staatsanwalt Jumbroich macht darauf aufmerksam, daß das Verfahren vor dem Kriegsgericht in dieser Angelegenheit noch schwebe und Ledebour ja selbst auf dem Standpunkt stände, daß man in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen solle. — Ledebour gibt an, daß ihm von einem derartigen Verfahren nichts bekannt wäre und fährt dann fort: Die Vorgänge weckten in der Berliner revolutionären Arbeiterschaft größte Erbitterung und brachten die Arbeiter zu der Ueberzeugung, daß

die Beseitigung der Regierung notwendig

sei, da sie nichts tat, um die Forderungen nach Umgestaltung des Staats- und Gesellschaftslebens durchzuführen. Diese Erbitterung wurde dadurch noch gesteigert, daß die Regierung alle revolutionären Führer aus den einflußreichen Aemtern entfernte; sie erreichte ihren Höhepunkt, als bekannt wurde, daß der Polizeipräsident Eichhorn, der als der einzige Unabhängige noch in einer einflußreichen Stellung war, entfernt werden sollte. Ich erkläre, daß alle gegen Eichhorn erhobenen Beleidigungen und Anschuldigungen vollkommen ungerechtfertigt sind. Er hat sich im Gegenteil außerordentliche Verdienste um Ruhe und Ordnung in Berlin erworben. Er hat, genau wie Ebert, Scheidemann und Landsberg sein Amt aus den Händen der revolutionären Arbeiterschaft erhalten. Die Arbeiterschaft stand vor der Frage, ob sie sich die Absetzung Eichhorns gefallen lassen solle. In der Sitzung der revolutionären Obleute wurde beschlossen, eine Riesendemonstration für Sonntag, 5. Januar, stattfinden zu lassen. In der

Ansprache vor dem Polizeipräsidium

legte ich den Arbeitern folgende Forderungen vor, die ich im Einverständnis mit Eichhorn und anderen Parteifreunden formuliert hatte:

1. Die Regierung soll Eichhorn die Gründe seiner Entlassung schriftlich mitteilen; 2. es soll Eichhorn Gelegenheit geboten werden, sich dazu zu äußern; 3. Eichhorn soll die Möglichkeit haben, sich vor dem Zentralrat zu verantworten; 4. die letzte Entscheidung soll beim Vollzugsrat der Arbeiterräte Groß-Berlins liegen.

Da der Vollzugsrat zu jener Zeit noch eine mehrheitssozialistische Mehrheit hatte, wäre es möglich gewesen, einen sachlichen Ausgleich herbeizuführen, und wahrscheinlich wäre der Wille der Regierung durchgeführt worden. Hätte der Vollzugsrat die Absetzung Eichhorns abgelehnt, so sollte sie von uns mit Waffengewalt verhindert werden. Die Regierung wollte jedoch überhaupt nicht verhandeln. Auf den Einwand des Staatsanwalt Jumbroich, daß am 6. Januar der Vollzugsrat mit 12 gegen 8 Stimmen sich mit der Absetzung Eichhorns einverstanden erklärte, erwiderte Ledebour: Diese Feststellung des Herrn Staatsanwalts ist mir sehr wertvoll, da dadurch einwandfrei festgestellt wird, daß dieser Beschluß des Vollzugsrats erst nachher gekommen ist. Sie bestätigt nur meine Behauptung, daß die Regierung ohne jeden Konflikt und ohne jedes Blutvergießen ihren Willen hätte erreichen können. Der Minister des Innern, Eugen Ernst hat aber am 6. Januar

Eichhorn die Pistole auf die Brust

gesetzt, der Konflikt wurde also in frivoler Weise an den Haaren herbeigezogen.

Jene Sitzung fand im Polizeipräsidium statt. Die Träger waren die Wortführer der revolutionären Arbeiterschaft in Berlin, die der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei angehören. Wir mußten uns klar darüber werden, wie die Verhältnisse für uns standen und ob wir einige Aussicht auf Erfolg hatten. Das moralische Revolutionsrecht zu unserem Vorgehen war auf unserer Seite, davon war jeder Teilnehmer festen fest überzeugt. Die Ansprachen vor dem Polizeipräsidium brachten uns die Ueberzeugung, daß die Massen zur Aktion drängten. Ich habe nicht zum Losschlagen aufgefordert, sondern vor Unvorsichtigkeiten gewarnt. In der Anklageschrift wird es so dargestellt, als hätte ich die Teilnehmer zum Losschlagen aufgefordert. Es war uns auch mitgeteilt worden, daß

abgesehen von der Stimmung in der Arbeiterschaft, auch die Berliner Garnison durchweg auf unserer Seite stand und bereit sei,

zum Sturz der Regierung die Waffen ergreifen.

Es wurde ferner gemeldet, daß Spandau bereit sei, mit 2000 Maschinengewehren und 20 Geschützen den Berlinern zu Hilfe zu kommen. Es wurde ein Beschluß gefaßt, für den auch ich stimmte, daß wir den Versuch der Regierung, Eichhorn aus seinem Amt zu entfernen, abwehren wollten. Wir durften aber nicht nur in der Defensive bleiben, sondern mußten aufs Ganze gehen, um die Regierung Ebert—Scheidemann zu beseitigen. Däumig hat gegen diesen Beschluß gestimmt und erklärt, daß er sich an der weiteren Bewegung nicht beteiligen würde. Er hat dies auch nicht getan. Was nach den Akten über diesen Fall gesagt wird, ist nur haltloses Gerede aus dritter oder vierter Hand. Auf diesem Material baut dann die Staatsanwaltschaft eine Anklage gegen ihn auf, was mir bei vernünftig denkenden Menschen unbegreiflich ist.

Es wurden nunmehr weitere vorbereitende Schritte getan, die Regierung Ebert—Scheidemann zu stürzen. Es wurde

ein provisorischer Revolutionsausschuß

eingesetzt, der mit der Leitung der Bewegung und der Ausübung aller Regierungs- und Verwaltungsfunktionen betraut wurde. Es wurden 3 Vorsitzende gewählt, außer mir noch mein Freund Liebknecht und Paul Scholz. Bei Publikationen sollten nur diese 3 Namen unterzeichnet werden. So verhält es sich auch mit dem im „Vorwärts" veröffentlichten Schriftstück. Meine Freunde hatten in meiner Abwesenheit angeordnet, das Kriegsministerium zu besetzen, weil wir uns in derselben Situation wie am 9. November glaubten. Herr Hamburger verlangte eine handschriftliche Erklärung über die Besetzung, die meine Freunde dann leider auch gegeben haben. Liebknecht hat in meiner Abwesenheit für mich unterschrieben. Da ich in der Voruntersuchung die Aussage verweigerte, hat Herr Justizminister Heine es fertig gebracht, daraus den

Vorwurf der Feigheit

zu konstruieren. Ich übernehme vollständig die Verantwortung für meine Handlungen, weil ich es im Interesse der Arbeiterschaft für notwendig hielt, daß diese verderbliche Regierung so schnell wie möglich beseitigt wird. Deutschland stand damals vor den Friedensverhandlungen. Ich hielt die Regierung absolut für ungeeignet, die Verhandlungen zu einem für Deutschland ersprießlichen Ende zu führen. Nach meiner Vergangenheit und meiner bisherigen Tätigkeit hätte ich ersprießlicher im Interesse Deutschlands wirken können, da ich schon jahrelang vor dem Kriege vor der verderblichen Politik der deutschen Regierung gewarnt habe. Ich habe als erster im Reichstag verlangt, daß England eine Abrüstung zur See und die Beseitigung des Seebeuterechtes vorgeschlagen werde. Im Reichstag drang ich damit nicht durch. Ich habe auch auf den furchtbaren Fehler aufmerksam gemacht, daß Deutschland die fremdsprachlichen Völker mit Gewalt zur Annahme der deutschen Sprache dränge. Die Polenpolitik, an der die nationalen Parteien Deutschlands schuld tragen, habe ich als eine furchtbare Gefahr für uns bezeichnet. Ebenso die Dänenpolitik und die Politik gegen die elsaß-lothringische Bevölkerung. Bei seinen weiteren Ausführungen ließ Ledebour die Worte fallen:

Landsberg ist ein kompromittierter Mensch,

der sich für die Annexion der Narewlinie ins Zeug gelegt hat, und nun als Friedensunterhändler nach Paris geschickt wird. Der Vorsitzende rügte den Ausdruck „kompromittierter Mensch". Ledebour sagte im weiteren Verlauf der Verhandlung: Ich hoffe, daß meine Worte die Wirkung haben werden, das deutsche Volk aufzurütteln und zur Beseitigung dieser Schandregierung zu veranlassen.

Vors.: Ich kann nicht dulden, daß Sie hier im Gerichtssaal zur Beseitigung der Regierung auffordern.

Ledebour: Bezüglich der Zeitungsbesetzungen waren wir durch die Arbeiterschaft vor eine vollendete Tatsache gestellt. Weder ich noch mein Freund Liebknecht haben vorher etwas davon gewußt. Meiner Ansicht nach war es vom militärischen Standpunkt aus eine Unklugheit, da die Besetzung der Zeitungen keinen strategischen Wert hatte und dadurch die Kräfte verzettelt wurden. Wir mögen es aber dabei belassen. Meines vorgeschrittenen Alters wegen hätte ich eine Beteiligung an der Leitung des Revolutionsausschusses ablehnen müssen, ich wollte aber die Verantwortung nicht ablehnen, trotzdem ich nicht an allen Sitzungen teilnehmen konnte. Genosse Ledebour schilderte dann weiter die

Verhandlungen mit der Reichsregierung.

Die Regierung habe sich anfangs zu Verhandlungen geneigt gezeigt, später aber die Verhandlungen hinausgeschoben, um Truppen zu sammeln und den entscheidenden Schlag führen zu können. Noch während der schwebenden Verhandlungen sei er verhaftet worden. Ueber diesen ungesetzlichen Akt gab Genosse Ledebour eine eingehende Schilderung. Er hob dabei hervor, daß es nur einem Zufall zu verdanken sei, daß er und der mitverhaftete Dr. Meyer nicht ermordet worden seien. Eine Autopanne, die ja während der Revolution eine gewisse Rolle gespielt habe, sei auch in seinem Falle leicht möglich gewesen. Genosse Ledebour betonte noch mit aller Entschiedenheit, daß er an der Waffenverteilung während der Januarkämpfe nicht beteiligt gewesen sei. Soweit es sich bei ihm um die Beseitigung der Regierung gehandelt habe, übernehme er für seine Handlungen die volle Verantwortung. Er lehne es aber ab, daß man ihn in Einzelangelegenheiten verwickeln wolle, an denen er absolut nicht beteiligt sei. Dieser Prozeß könne ausgehen wie er wolle, er habe sich um die Sache der Arbeiterschaft ein großes Verdienst erworben, da es im Januar nicht nur eine revolutionäre, sondern auch eine vaterländische Pflicht jeden Mannes gewesen sei, dem das Wohl des Volkes am Herzen liege, diese Regierung zu beseitigen.

Die Verhandlung wird auf Mittwoch vertagt.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Berliner Holzarbeiter vor dem Schlichtungsausschuß.

Die Verhandlungen, die gestern vor dem Schlichtungsausschuß gepflogen wurden, führten noch zu keinem Ergebnis. Die Arbeitgebervertreter hielten hartnäckig an ihrem Standpunkt fest, daß die zentralen Abmachungen für sie nicht verbindlich seien, bevor nicht eine Städtekonferenz ihre Zustimmung dazu erteilt hätte. Die Regelung der Arbeitszeitverkürzung und der Mindestlöhne müsse den später wieder aufzunehmenden Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Von unserer Seite wurde diesen formellen Einwendungen entgegen gehalten, daß sogar die Arbeitgebervertreter der zentralen Verhandlungskommission erklärt haben, die Vereinbarungen bestehen zu Recht, und daß bei Nichteinhaltung derselben Vertragsbruch vorliege. Die Vereinbarungen seien aber auch dadurch von dem Arbeitgeberschutzverband anerkannt, indem von 165 Vertragsorten 160 die Abmachungen durchgeführt haben. Auch in Berlin haben 250 Betriebe mit 2700 Arbeitern bewilligt.

Nach längerer Beratung des Schlichtungsausschusses erklärte der Vorsitzende, daß erst eine Entscheidung darüber notwendig sei, ob die zentrale Verhandlungskommission der Arbeitgeber bindende Abmachungen treffen konnte oder nicht. Um das festzustellen, wäre die Herbeischaffung des Protokolls von der Städtekonferenz, welche die Mandate ausstellte, notwendig. Auch sollen beide Parteien nochmals einwandfreie Feststellungen über die Höhe der Durchschnittslöhne machen.

Aus diesen Gründen, und weil einige Beisitzer für Mittwoch verhindert sind, wurden die Verhandlungen auf Donnerstag, den 22. Mai nachmittags 5 Uhr, vertagt.

Lohnbewegung der Rechtsanwaltsangestellten!

Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß finden am Mittwoch nachmittag 4 Uhr im Saale der Anwaltskammer, Schöneberger Ufer 40, statt. Nachdem der Anwaltverein den Abschluß des Tarifvertrages abgelehnt hat, halten sich die Angestellten an die bisherigen Vereinbarungen mit der Kommission der Anwälte auch nicht mehr gebunden, sondern wollen dem Schlichtungsausschuß die Festsetzung der Gehaltssätze sowie der einmaligen Wirtschaftsbeihilfe überlassen.

Deutscher Holzarbeiterverband

Zum Verbandstag, der vom 16. bis 22. Juni in Berlin stattfindet, werden mehrere Privatquartiere für die Delegierten benötigt. Die Kollegen und Genossen, welche diese zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, ihre Adresse mit Preisangabe an Unterzeichneten mitzuteilen. Franz Meusch, Berlin O. 112, Simon-Dachstr. 41.

Arbeiterräte, Vertrauensleute der Geschützgießerei Spandau. Mittwoch früh 9 Uhr bei Mecklenburg, Ravenestraße 6. Zusammenkunft.

Feuerwerkslaboratorium Spandau. Betriebsversammlung am Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, in Spandau, „Neue Welt". Ausweis: Lohnliste.

Artilleriewerkstatt Nord. Siehe Inserat.

Verband der Porzellanarbeiter. Schildermaler — Vertrauensleute aller Werkstuben, Versammlung am Mittwoch, abends 7 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Deutscher Werkmeister-Verband. Versammlung der Fabrikvertrauensleute der Metallindustrie heute, Mittwoch, abends 6 Uhr, Sophiensäle, Sophienstr. 17/18.

Versammlungen.

Königswusterhausen. Am 18. Mai fand hier eine Vorständekonferenz der U.S.P.D. und S.P.D. des Kriegswirtschaftsbezirks Königswusterhausen statt. Die Konferenz war einberufen worden, um die Einigung der beiden Gruppen herbeizuführen, denn die Rechtssozialisten in den umliegenden Orten hatten schon wiederholt an den Maßnahmen der Regierung Kritik geübt, so daß der Boden für ein gemeinsames Zusammenarbeiten vorbereitet war. Die Konferenz beschloß eine Resolution, in der schärfster Protest gegen das Urteil im Prozeß Liebknecht-Luxemburg erhoben wird und in der die Anwesenden beider Richtungen sich geloben, ihre ganze Kraft einzusetzen und dahin zu wirken, daß die Einigung des Proletariats im revolutionär-sozialistischen Sinne erfolgt. Diese Einigung vollzieht sich bereits, indem nicht nur einzelne Mitglieder, sondern ganze Ortsvereine der S.P.D. geschlossen zur U.S.P.D. übertreten. Die Unabhängige Partei, die im Januar d. J. noch eine kleine Minderheit im Wirtschaftsgebiet Königswusterhausen war, bildet heute, nach so kurzer Zeit, eine glänzende Mehrheit.

Aus den Organisationen.

Nieder-Barnim. Redner-Unterrichtskursus. Bezirk G. Lichtenberg, Siegfriedstraße 202, findet nicht am Mittwoch, sondern Donnerstag, 22. Mai, abends 6 Uhr, in demselben Lokal statt.

Bezirk Ih. Reinickendorf. Amendestr. 79, findet nicht Mittwoch, sondern Donnerstag, den 22. Mai, abends 6½ Uhr, im Jugendheim statt.

Stralau. Der Zahlabend findet heute nicht statt.

Mariendorf. Die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins findet nicht diesen Mittwoch, sondern in der nächsten Woche, am Mittwoch, den 28. d. M., in der Aula, Kurfürstenstraße, statt.

Spiel und Sport.

Friedrichsfelde. Am heutigen Mittwoch eröffnet die Freie Turnerschaft Friedrichsfelde eine Schülerinnen-Abteilung. Turnstunden: Mittwochs von 7 bis ½9 Uhr, Sonnabends von 6 bis 8 Uhr abends. Die hiesige Arbeiterschaft wird gebeten, ihre Töchter recht zahlreich hinzuschicken. Die Turnstunden finden in der Gemeindeturnhalle, Rummelsburger Straße, statt.

Achtung, Turnvereine. Alle für die „Freiheit" zur Veröffentlichung bestimmten Bekanntmachungen müssen von jetzt ab von den Zentralstellen abgestempelt sein. Für den Turnverein „Fichte" kommt die Geschäftsstelle dieses Vereins, SO 16, Cöpenicker Str. 108, für die übrigen Turnvereine der Kreisvertreter Bruno Liesche, Stralauer Allee 26 a, in Betracht.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Ortgruppe Berlin. Heute Abteilungssitzung, 8½ Uhr, Sitzungslokal der 8. Abteilung, Rostocker Straße 27, bei Pilz.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Mandoline, Laute, Gitarre, Wandermandoline 45.—, erstkl. 85.-, Konzertlaute 125.-, 145.-, Unterricht 8.—, Monatshonorar, evtl. 10 stündige Schnellkurse). Künstlervioline mit Zubehör 125.—, Konzertgeige ..— Ernst, Oranienstr. 166 III.

Piano, Harmonium Flügel, neu, gebraucht Dachstutzflügel, verkauft billig Ernst, Oranienstr. 166. III.

Pianos vorzügliche neue aus gutem Material, gute gebrauchte, wenig gespielte Pianos in großer Auswahl verkauft nur gegen Barzahlung, daher mäßige Preise. **Pianohaus Max Becker Andreasstr. 47**

Piano und Flügel Harmonium neu, gebrauchte, sehr preiswert. Seydler, Oranienplatz 21

Verliehengewesene und neue Möbel verkauft billigst Seelig, Lothringer Straße 23 (Schönhauser Tor). Kleiderschränke, Vertikos 65.00, 85.00, 125.00, neue zusammen 300.00, Bettstellen m. Matratzen 65.00, 85.00, Muschel-, engl. Bettstellen, Sofa, Chaiselongue, Spiegel, Kommode billigst. Gr. Auswahl in eleganten neuen Möbeln. Komplette Küche 175.00. Versende nach außerhalb.

Brautleute! Verkaufe Vertikow, Holländischen Ausziehtisch und zwei Stühle, alles echt Nußbaum, wie neu, Lehmann, Berlin O, Liebigstr. 4

Gelegenheitskauf, komplette Möbel, Stube, Küche, tadellos erhalten, äußerst billig. Dankel, Zehdenicker Straße 7a.

Küche (hellgrau), neuer Paletot. Ewald, Rigaer Str. 96, Hof II.

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75.—, Chaiselongues 75.— an. Meicke, Augustastraße 32 a, Quergeb. parterre.

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Auswahl. Einzelne Möbelstücke gebe bereitwilligst ab. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe.

Reizende Schlafzimmer, Speisezimmer mit Kladledersofa, Küche, Ankleideschrank, Versch. einz., Umbausofa, Chaiselongue, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Teltz, Köpenicker Str. 154. 4. Etg. Verkauf an Privatleute. Händler verb.

Küchen, moderne, mit, ohne Anrichte, roh, gestrichen. Riesen-Auswahl, enorm preiswert. Himmel, Lothringerstr. 22.

Möbel Credit, große Auswahl, bequeme Anzahlung und Abzahlung, kompl. Einrichtungen, auch Einzelstücke Grebler, Weinbergsweg 4.

Möbel-Rath liefert komplette Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Küchen. Teilzahlung gestattet. Elsasser Str. 44, am Oranienburger Tor.

Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Divandecken, Künstlergardinen, Zuggardinen, Stores, Portièren, Steppdecken, Tüllbettdecken, Läuferstoffe, Federbetten usw. staunend billig. Herzig's Gelegenheitskäufe, Zehdenicker Straße 18, (nahe Rosenthaler Platz).

Metallbettstellen, Auflagematratzen, Chaiselongues 90.— a. Umbausofas, Tapezier. Walter, Stargarder Strasse 18.

Fahrrad, elegantes Herrenfahrrad, Freilauf mit Rücktr., wie neu mit Gummi, verkauft Lehmann, Berlin O., Liebigstraße 4.

Restaurant, krankheitshalber evtl. Einrichtung verkauft. Offerten „Freiheit", Soldiner Str. 34.

Zu verkaufen: 1 Paar Gummi-Schuhe 45, 2 Paar Schnür-Schuhe 46 u. 45, 2 Photo-Apparate 9X12, 1 Photo-Schlitzverschluß 10X15, bei Anton, Neuenburgerstraße 33, Hof IV. Von 11—7 Uhr.

Gehrock, fast neu, Mittelgröße, verkauft Hildebrandt, Reinickendorf—Ost, Hausastraße 13.

Nähmaschine, Singer bobbin Rundschiff, Schnellnäher, verkauft Kleiner, Erasmusstraße 1, Moabit.

Schuhmacherei m. Lederkarte zu verkaufen. Matternstr. 9. Schuhmacherei.

Kinderwagen, Wäschekorb, kl. Tisch, Damasthandtücher, Damenstiefel, Gr. 38, verkauft Mauer, Liebigstr. 31.

Nachlaßsachen, Kleiderschrank, Vertikow, Spiegel m. Kommode, Bettstellen mit Matratzen, Waschtoilette, Kredenz, Sofa, Küche mit Geschirr. Schönleinstr. 30 prt.

1 Gleichstrom-Motor A.G., 110 Volt, 1½ P.S., 1 Gleichstrom-Motor, 110 Volt, ¾ P.S., 183, 4 Heckenfutter, bei Anton, Neuenburgerstr. 33, II. L. IV, zu verkaufen von 11—7 Uhr.

Kaufgesuche

Kupfer sämtl. Metallabfälle, Quecksilber, Platin, Gold, Silberbruch, Zahngebisse kauft zu Fabrikpreisen „Metallschmelze Cohn" Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kais.-Friedr.-Str. 229 (nahe Hermannplatz).

Platin! Silber! zu Original-Schmelzpreisen kauft Metallschmelze Cohn, Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str 229 (Nahe Hermannplatz).

Messing Quecksilber! Zinn! Sämtliche Metallabfälle! Platin! Gold! Silber! Zahngebisse! kauft zu Fabrikpreisen! Metallschmelze Baruch Fennstr. 4[illegible]

Spiralbohrer, Werkzeuge, nur neue, kauft dauernd Richard Berlin, Moabit, Lübecker Str. 18.

Kaufe Motore und Leitungsdraht. W. Hagedorn, Kochstr. 50/51. Telephon: Zentr. 1965.

Spiralbohrer, Werkzeuge, Maschinenteile, kauft 8—5. Gneisenaustr. 20, vorn 1 Tr. r.

Kupfer, sämtliche Metallabfälle, Quecksilber, Gold, Silber, Platin kauft Metalleinkauf Schulzendorfer Straße 2.

Elektrische Leitungsdrähte, Installationsmaterial kauft Kuschkowsky, Türkenstr. 18 II. Moabit 1066.

Nicht in 6—8 Wochen, sondern in 3—5 Tagen werden sämtliche Militär- u. Zivilgarderoben gefärbt. Trauersachen binnen 24 Stunden. Schnellfärberei, chem. Reinigung Kunststopferei **Nord-West, Inh. Getz & Sieg,** Fabrik, Kontor und Annahme Gotzkowskystr. 13.

Zahn-Atelier
H. Zlotnicki
Alexanderstr. 36 d, Ecke Kaiserstr.
Zahnziehen mit örtlicher Betäubung, Füllungen in Gold, Porzellan, Almagam etc. Zahnersatz in künstlerischer Ausführung. Spezialität: Plattenloser Ersatz, Kronenarb.
Mäßige Preise!

Erkläre die Verlobung mit Herrn Willi Beutler meinerseits für aufgehoben. [illegible]

Spezial-Arzt Dr. med. Grütering [illegible] Invalidenstraße 35, E. Chausseestr. u. Stett. Bhf. 11-1, 4-6, Sonntags 11-12.

Wie ich meine **Tätowierung** schmerzl. ohne Stechen, Schneid narbenfrei selbst entfernte, Prospekt gratis. Sprechst. 3—7, Sonnt. 9—12. **Nitschke,** Charlottenburg, Kantstraße 60, nahe Bahnhof.

Zuverlässiges und neuestes Auskunfts- u. Nachschlagebuch für **Auswanderer** Teil I: **Ratschläge** für Auswanderer, Teil II: **Wohin** kann man auswandern? Preis zusammen M. 5.50 frei Nachnahme. Volksverlag f. Politik u. Verkehr Stuttgart XXXII, Alexanderstrasse 25.

Metalleinkauf Goldabfälle, Silberabfälle, Platinabfälle, Zahngebisse. Christionat, Reichenberger Straße 22 (Kottbuser Tor).

Platinabfälle! Goldbruch, Silberbruch, Silberlote, Quecksilber, Zahngebisse, Kupferabfälle, Messingabfälle, Nickel, Aluminium, Zinn, Zink, Blei kauft Metalleinkaufs-Zentrale, Neanderstraße 15, Moritzplatz 667. Händler, Fabrikanten Spezialpreise.

Elektromotore, Kupferdrähte, Glimmer kauft Kuttner, Prenzlauer Allee 220.

Isolierten Kupferdraht kauft Bramborst, Holzmarktstraße 17. Alex. 2473.

Platinankauf Silberabfälle, Goldabfälle, Zahngebisse, Münzenkauf Frau Knuth, Zionskirchstr. 34 v. II.

Platinankauf Silberabfälle, Zahngebisse, Goldabfälle, Münzen kauft Frau E. Linke, Höcherstr. 40.

Platin, Zahngebisse, Gold-, Silberabfälle, sowie Rückstände, Kupfer, Messing, Zinn, Antimon etc., Quecksilber, Celluloide, Filmabfälle, elektrische Kabeldrähte kauft höchstzahlend Silberschmelze Christionat, nur Köpenicker Straße 20a (gegenüber der Manteuffelstr.)

Spiralbohrer, jeden Posten, kauft Boschhaus, Huttenstr. 28

Kaufe dauernd jed. Posten Spiralbohrer aus Werkzeugstahl u. Schnellstahl, Reibahlen u. Gewindebohrer aller Dimensionen. Sägefeilen von 4—7 Zoll. Artur Zwick, Berlin NO. 18, Landsberger Allee 115 2. Etg. Telefon Alex. 546.

Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker- und Spuldraht kauft höchstzahlend Elektrobüro Oranienstr. 199. Mpl. 4016.

Spiralbohrer (neue) aus Werkzeug und Schnellstahl (konisch) kauft laufend jeden Posten gegen Kasse Mangelsdorf, Gleimstr. 38 II. Fernruf Norden 10432. Geschäftsz. 2-7.

Kaufe höchstzahlend: **Kabel, Litzen, Leitungsdrähte, Motore, Glühlampen,** sowie sämtliches **Installations-Material.** Elektr. Werkstätte d. Westens Potsdamer Strasse 54. Kurfürst 2938.

Flügel oder Piano sucht von Privatleuten. Kleinfeld, Stralauer Str. 29.

Klavier oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft Schachtschneider, Buckowerstr. 14 III Preisangebot erbeten.

Piano, Geldschrank, Teppich kauft Walter Schneider, Woldenbergerstr. 2. Alexander 1857.

Plüsche, Möbelstoffe, Stoffreste kauft jeden Posten [illegible] Hagenauer Straße 14, Tapezierer.

!! Kaufe !! Kompl. Wohnungseinrichtung, sowie einzelne Möbelstücke, auch Teppiche, Gardinen, Stors. Komme überall. M. Thau, Wiclefstraße 28[illegible]

Wohnzimmer oder Schlafzimmer zu kaufen gesucht. Bick, Zionskirchplatz 1.

Nähmaschine, Rundschiffchen, gut erhalten, kauft Lehmann, Berlin O, Liebigstr. 4. Bitte Postkarte m. Preisangabe.

Felle und Roßhaare kauft zu höchsten Preisen Schkoll, Elbinger Straße 64

Kriegsanleihe, Pfandscheine, Hypotheken, Forderungen beleiht, kauft Beleihungsstelle für Wertpapiere Holzmarktstr. 69/70.

Verschiedenes

Landrichter außerdienstlich, Rechtsbeistand, Prozeßführung, Eingaben, Ermittelungen, Beobachtungen, Lothringer Straße 47 (Rosenthaler Tor), Hannoversche Str. 2 (Oranienburger Tor).

Rechtsrat! v. [illegible], [illegible]straße 11 (Stettiner Bahnhof) Vertretung vor allen, auch auswärtigen Gerichten. Ehescheidungs-, Alimenten-, Strafsachen! Gnadengesuche. Beste Erfolge: 6 Monate 7 Wochen Gefängnis erlassen! Erfolgreiche Haftentlassungsgesuche. Viele Anerkennungen. Ratserteilung umsonst. Auch Sonntag vormittags.

Rechts-Auskunftei, Invaliden-Straße 134, Strafsachen, Ehesachen, Alimenten-, Rentensachen, Beobachtungen, Ermittelungen.

Neanderstr. 31 (Hausnummer beachten!) Rechts-Auskunftei „Groß-Berlin" und Detektiv-Institut Fernsprecher Moritzplatz 3769 Prozeßsachen, Ehesachen, Strafsachen, Eingaben, Beobachtungen, Ermittelungen, Auskünfte. Sonntags geöffnet.

Rechtsbüro Elsasser Straße 88 macht alles.

Ehescheidungen (auch im Armenrechte), Strafsachen, Alimentensachen, Prozeßführg. überall. Gesuche! Hervorragende Erfolge! Beobachtungen, Ermittlgn., Detektivtreffer! Rechtsschutz „Wahrheit", Direktor Mandus, Kottbuser Damm 63 (an der Urban-, Weser-, Kaiser-Friedrich-Str.), Neanderstrasse 7, Adalbertstrasse 3, Grosse Frankfurter Strasse 10, Neukölln, Emser Strasse 99. (Auch Sonntags!)

Darlehen Jedermann. Rechtsbüro, Elsasser Straße 88.

Umtausch für 2 abgespielte oder zerbrochene eine gute Schallplatte im Musikladen Friedrichstrasse 235

!!! Geld !!! für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. [illegible] Friedrichstr. 41 III. [illegible]

Schreibmaschinen-Arbeiten, Zeugnis-Abschriften fertigt billigst Adalbert[illegible]

Maßkorsetts fertigt [illegible] bei Stoffzugabe Frau Margarete Richter, Fehrbelliner Str. [illegible]

Damenfrisieren, [illegible] Onduliermethode. Tages- und Abendkurse. [illegible] Werke, Bülowstr. 94.

Vereinsregisseure schließt Euch dem [illegible] Verband der Regisseure „Trianon E. V." an. [illegible] jeden Donnerstag abend [illegible] im Sitzungssaal [illegible] Allee 29, Restaurant [illegible]

Suche Teilhaber [illegible] mit 6- bis 8000 M. Vermögen. [illegible] Gewinnbringendes [illegible] Richter, Spreegelstraße [illegible]

Arbeitsmarkt

Tischlergesellen nach dem Lande sucht Paproth, [illegible] Tischlerei mit Kraftbetrieb [illegible]

Dauernd hohen Verdienst erzielen Damen und Herren [illegible] Postlagerkarte 4, Berlin [illegible]

1 Botenfrau verlangt Fr. [illegible], Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Straße [illegible]

Botenfrauen sucht Spedition Lorenz, Charlottenburg, Wallstraße [illegible]

4 zuverl. Botenfrauen für Wilmersdorf und Halensee werden eingestellt. [illegible] Wilmersdorf, Gieselerstr. [illegible] Laden.

3 zuverlässige Botenfrauen sucht Schiffbauerdamm 19, „Freiheit".